



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

STADT UND GEMEINDE

DIGITAL



GESTALTEN.LEITEN.MACHEN.

BÜRGERMEISTERIN!

3. DEUTSCHER FRAUENKONGRESS *kommunal*



6 | 24

T	GRUSSWORT – Lisa Paus Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Seite 04
	GRUSSWORT – Bürgermeisterin Ramona Schumann	Seite 06
K	RECHT SCHAFFT RAHMEN – BEDINGUNGEN FÜR MEHR FRAUEN IN DER POLITIK von Ursula Matthiessen-Kreuder	Seite 07
N	DIE VERMESSUNG DES FRAUENANTEILS IM BÜRGERMEISTERAMT IN DEN LÄNDERN UND GEMEINDEN DER BUNDESLÄNDER von Simon Stocker	Seite 10
U	JETZT ERST RECHT! – KOMMUNALPOLITIKERINNEN IN SACHSEN ZWISCHEN ANGST UND AUFBRUCH von Kathrin Mahler Walter	Seite 14
P	MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK – EIN AKTIONSPROGRAMM MIT NACHHALTIGER WIRKUNG von Leonie Schütte-Silvero und Lisa Hempe	Seite 17
R	"LANDFRAUEN SIND SEIT JEHER BRÜCKEBAUERINNEN INTERVIEW mit Petra Bentkämper	Seite 22
E	MEHR SICHTBARKEIT FÜR FRAUEN IN DER POLITIK – MIT SOCIAL MEDIA GEGEN DAS UNGLEICHGEWICHT	Seite 25
W	FÜR MEHR FRAUEN AN DEN RATHAUSSPITZEN – KAMPAGNE "BÜRGERMEISTERIN? ICH MACH DAS!" von Franziska Freihart	Seite 28
H	"BILDERMÄCHTIG" UND "GENDERLEICHT" JOURNALISTINNENBUND FÜR QUALITÄTVOLLE BERICHTERSTATTUNG von Sissi Pitzer und Christine Olderdissen	Seite 29
C	VONEINANDER LERNEN, GEMEINSAM WACHSEN – NETZWERK DER HELENE WEBER-PREISTRÄGERINNEN von Kristina Heller und Elena Maier	Seite 33
S	"WIR MÜSSEN STRUKTURELLE REFORMEN VORANTREIBEN" von Cécile Weidhofer	Seite 36
	MEHR RESPEKT BITTE – EIN WEG ZUR STÄRKUNG DER KOMMUNALPOLITIK von Vanessa Zohm	Seite 39
	WIE GENDERGERECHT SIND UNSERE STÄDTE? von Dr. Mary Dellenbaugh-Losse	Seite 41

SERIE BEWÄHRT VOR ORT

WIE CHANGEMAKER DIE KOMMUNALVERWALTUNG

VON INNEN HERAUS TRANSFORMIEREN von Romy Marquart Seite 44

DIE WÄRMEWENDE IST LOKALE MASSARBEIT von Oliver Schubert Seite 48

ARBEITSKREIS GARNISONEN von Timm Fuchs und Finn-Christopher Brüning Seite 50

SERIE KOMMUNE INTERNATIONAL – EIN MODELL FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT von Markus Reichart Seite 52

GLOSSAR: EUROPA AUS KOMMUNALER PERSPEKTIVE – EUROPÄISCHES SEMESTER Seite 55

BRÜSSELER GERÜCHTE – FOLGE 59 Seite 56

MELDUNGEN Seiten 32 | 46

IMPRESSUM + INHALT Seite 04

Redaktionsanschrift:

Stadt und Gemeinde DIGITAL
Marienstraße 6, 12207 Berlin
Telefon: 030/773 07-201
Fax: 030/773 07-222
janina.salden@dstgb.de
www.dstgb.de

Herausgeber:

DStGB Dienstleistungs-GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. André Berghegger
Uwe Zimmermann

Anzeigenredaktion:

kristine.stuevecke@dstgb.de

Redaktionsteam:

Alexander Handschuh, Dr. Janina Salden
Kristine Stüvecke, Birgit Pointinger

Grafik & Satz:

DStGB Dienstleistungs-GmbH
birgit.pointinger@dstgb.de



FRAUEN.MACHT. KOMMUNALPOLITIK.

Nach neuesten Schätzungen beläuft sich der Anteil der Bürgermeisterinnen in Deutschland aktuell auf 13,5 Prozent. Das ist eindeutig zu wenig. Wir verzichten somit derzeit auf viele kluge Köpfe. Wir können und wollen uns das in Deutschland nicht erlauben. Die Frauen stellen ein so großes Potenzial dar, das wir viel besser berücksichtigen müssen.

Kommunale Führungsverantwortung ist mit einem hohen Maß an persönlichem Einsatz und zeitlichem Aufwand verbunden. Die Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement zu verbessern, ist dementsprechend für alle kommunalpolitisch Engagierten ein Gewinn – heute und in Zukunft.

Dazu zählen bessere, familienfreundlichere Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik, mehr Absicherung auch im Ehrenamt, eine sach- und ergebnisorientiertere Gesprächskultur, mehr Respekt im Umgang miteinander, mehr Mut im Kampf gegen Sexismus, mehr Engagement beim Schutz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern vor Hass, Hetze und Gewalt. Das Amt der Bürgermeisterin und des Bürgermeisters muss attraktiv und sicher sein. Nicht zu-

letzt fallen darunter auch mehr Gestaltungs- und finanzielle Handlungsspielräume.

Um den Anteil an Frauen in kommunalpolitischer Führungsverantwortung zu steigern, ist neben den vielen einzelnen Maßnahmen auch eine breite öffentliche Mobilisierung notwendig. Wir müssen hier stärker als Team denken und wirken: in der ganzen Republik, über Parteigrenzen und Organisationseinheiten, politische Ebenen und Geschlechter hinweg. Mit gemeinsam getragenen Kampagnen, Projekten und Initiativen von Bund, Ländern und Kommunen kann es gelingen, den Frauenanteil in der (Kommunal-)Politik zu erhöhen und unsere Demokratie dadurch widerstandsfähiger zu machen. Das muss unser Ziel sein.

Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen.

Ihr

Dr. André Berghegger



Grußwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Lisa Paus, MdB**, anlässlich des „3. Frauenkongress kommunal“ am 7.11.2024 in Magdeburg

Liebe Verbandsmitglieder,

ich begrüße Sie herzlich zum „3. Deutschen Frauenkongress kommunal“!

Unter dem Motto „GESTALTEN.LEITEN.MACHEN. BÜRGERMEISTERIN!“ stehen heute jene Frauen im Mittelpunkt, die sich bereits aktiv in der Kommunalpolitik engagieren – insbesondere Bürgermeisterinnen. Ihnen bieten Sie Möglichkeiten und Formate, sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsame Strategien zu entwickeln; denn es gilt, die Herausforderungen zu meistern, die uns begegnen.

Das Jahr 2024 ist in vielerlei Hinsicht ein besonderes Jahr. In gleich neun Bundesländern fanden Kommunalwahlen statt – die Ergebnisse der Wahlen haben viele Diskussionen hervorgerufen und beschäftigen uns bis heute. Diese Wahlen haben nicht nur unser politisches Landschaftsbild geprägt, sondern auch viele von Ihnen persönlich gefordert und angespornt.

Leider zeigt eine jüngste Umfrage zu ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen im ländlichen Raum, dass 56 Prozent der Befragten bereits Erfahrungen mit Hass und Hetze gemacht haben. Besonders besorgniserregend: Ein Fünftel von ihnen gibt an, mehrfach Opfer solcher Angriffe geworden zu sein. Diese alarmierenden Zahlen verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass wir uns entschieden gegen diese negativen Entwicklungen stellen und uns gegenseitig unterstützen.

Und in vielen politischen Gremien sind viel zu wenig Frauen repräsentiert. In keinem einzigen Parlament waren Frauen und Männer bisher auch nur annähernd paritätisch vertreten. Warum ist das so? Eine Reihe von Untersuchungen gibt uns einen Einblick in die Gründe:

- ✘ 65 Prozent der Politikerinnen sind der Meinung, dass an sie höhere oder andere Erwartungen gestellt werden als an ihre männlichen Kollegen – sei es in Bezug auf ihr Verhalten, ihre Leistung oder gar ihr Aussehen.
- ✘ Fast die Hälfte der Politikerinnen gibt an, dass ihre



Beiträge und Meinungen weniger ernst genommen werden.

- ✘ Auch sexuelle Belästigung, in Form unangemessener Kommentare, Blicke oder sogar Berührungen, stellt ein großes Problem dar.
- ✘ Zudem gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, wenn es um die Ursachen der geringen Repräsentation von Frauen in der Politik geht. Frauen nennen häufige späte Sitzungszeiten oder die oftmals harte Art der politischen Auseinandersetzungen als Gründe. Männer hingegen vermuten häufiger, dass Frauen schlicht weniger Interesse an der Politik hätten.

Solche Klischees, Erfahrungen und Phänomene sind mir auch persönlich sehr vertraut. Ich weiß, wie fordernd und schwierig der Umgang damit sein kann – wenn das zum Alltag gehört. Deshalb bin ich umso dankbarer, dass wir mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und der EAF Berlin starke Partner an unserer Seite haben, die sich dafür einsetzen, diese Missstände zu beheben.

Ein wichtiger Schritt, um das Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik zu würdigen und zu fördern, war die Verleihung des Helene Weber-Preises im März 2024. Mit diesem Preis haben wir 15 herausragende Kommunalpolitikerinnen ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise für ihre Gemeinden und die Demokratie einsetzen. Solche Initiativen sind entscheidend, um mehr Frauen für politische Ämter zu gewinnen und ihr Engagement sichtbar zu machen.

Auch das Aktionsprogramm Kommune der EAF Berlin und des Deutschen LandFrauenverbandes hat in den letzten Jahren viele Frauen dabei unterstützt, für ein Amt zu kandidieren – durch Mentoring, Vernetzung und Empowerment. Diese Maßnahmen, die auch durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ermöglicht

wurden, sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber es bleibt noch viel zu tun.

Denn trotz dieser Erfolge, fehlen allerorts Frauen in kommunalen Gremien und Führungspositionen. Und eben weil es auch weniger Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeisterinnen gibt, brauchen wir überzeugende und passgenaue Maßnahmen, um eine geschlechtergerechte Politik zu gewährleisten. Es geht sowohl darum, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, als auch darum, vielfältige und gerechte Entscheidungen in unseren Kommunen zu ermöglichen.

» *Es geht sowohl darum, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, als auch darum, vielfältige und gerechte Entscheidungen in unseren Kommunen zu ermöglichen.*«

Auch deshalb lade ich Sie aus tiefer Überzeugung ein, gemeinsam mit mir und vielen anderen gegen Sexismus und für Gleichstellung zu kämpfen: Auch Städte und Gemeinden können sich dem Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“ anschließen – einer Initiative meines Ministeriums, der bereits mehr als 740 Organisationen angehören. Zusammen können wir viel erreichen!

Das gilt ebenso für unser Ziel „Mehr Frauen in die Politik“ – ich freue mich, dass wir unser Engagement mit dem neuen Projekt „Frauen. Vielfalt. Politik. Demokratie vor Ort gestalten“

fortsetzen! Wir wollen noch mehr Frauen ermutigen, politische Verantwortung zu übernehmen und unsere Demokratie aktiv mitzugestalten.

Denn das ist, was zählt: unsere Demokratie. Ihre Arbeit in der Kommunalpolitik ist die Basis unseres demokratischen Miteinanders. Es geht um Werte! Und Sie persönlich zeigen jeden Tag, wie wichtig Frauen in der Politik sind.

Ich danke Ihnen von Herzen und wünsche Ihnen Inspiration und Kraft. ■

Herzliche Grüße
Ihre Lisa Paus



Grußwort von Ramona Schumann,
Bürgermeisterin von Pattensen und
Vorsitzende des DStGB-Arbeitskreises Frauen in
Kommunen und Kommunalpolitik

Liebe Leserinnen,
liebe Leserschaft,

der 3. Frauenkongress des DStGB in Magdeburg steht ganz unter dem Motto „Gestalten. Leiten. Machen – Bürgermeisterin!“. Dies unterstreicht, worum es in der kommunalen Politik für uns Frauen gehen sollte: den Mut zu haben, aktiv Verantwortung zu übernehmen und die Zukunft unseres Gemeinwesens zu gestalten.

Ich bin davon überzeugt, dass wir Frauen den Blick auf Politik bereichern, weil wir unterschiedliche Perspektiven vereinen, vernetzen und gemeinsam mit anderen neue Lösungswege schaffen können. Feminismus bedeutet für mich, dass wir „alles können, aber nichts müssen.“ Es ist essenziell, dass wir unseren eigenen Weg finden und uns nicht durch festgelegte Rollenbilder beschränken lassen. Mir ist bewusst, dass der Begriff „Macht“ im politischen Kontext oft negativ besetzt ist – doch Macht bedeutet für mich, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und das Gemeinwesen aktiv zu formen.

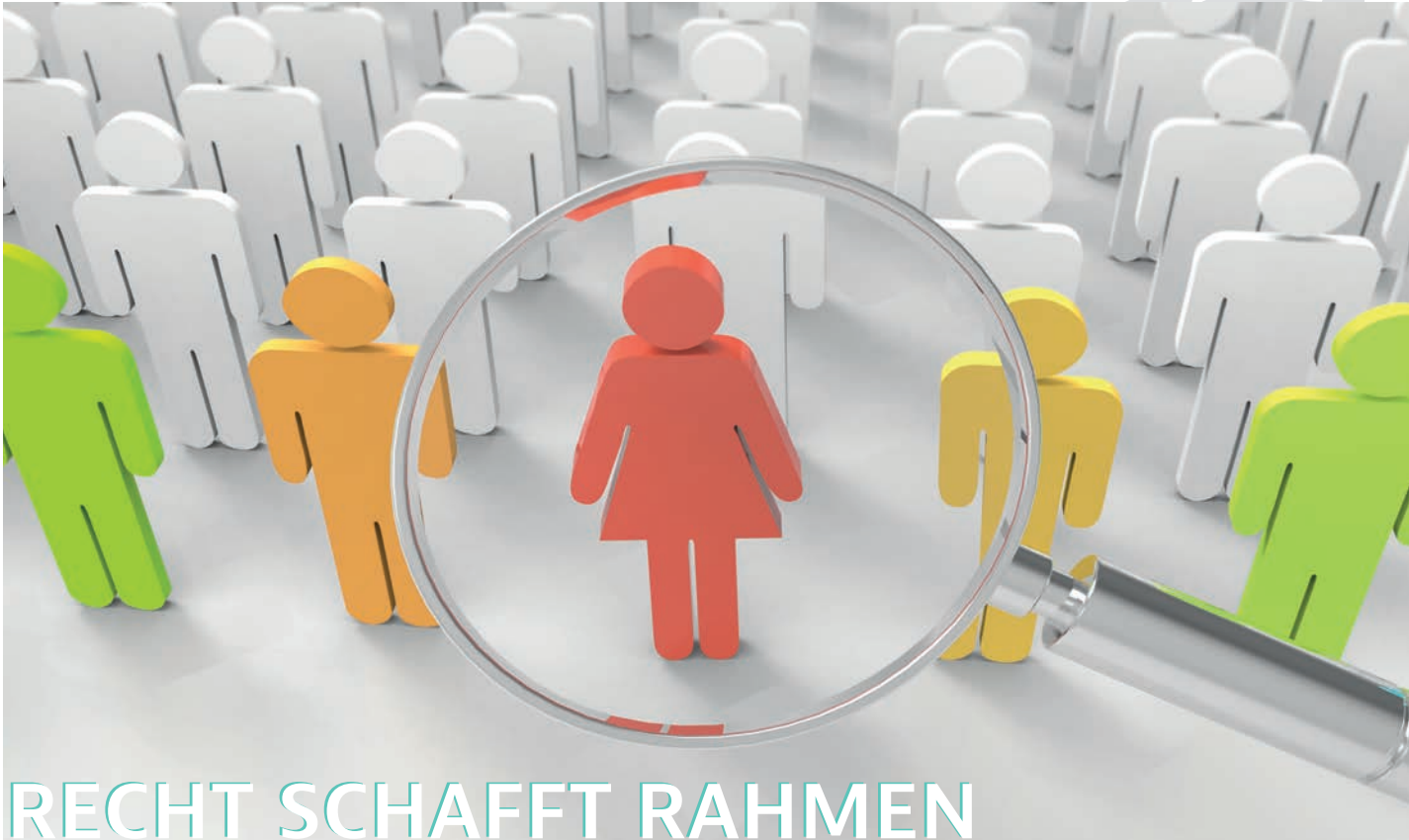
Selbst in „typischen Männerdomänen“ wie der Finanzpolitik können wir unsere Expertise einbringen. Wenn ich sage „Frauen an die Haushalte!“, dann meine ich, dass wir uns nicht scheuen sollten, auch in vermeintlich harten Politikfeldern den Ton anzugeben. Wir sollten unsere Fähigkeiten

selbstbewusst in alle Bereiche einbringen – ob in der Verwaltung, in der Stadtplanung oder in der Finanzpolitik. Nur so können wir für eine Politik sorgen, die die Lebensbereiche aller Menschen unserer Gemeinschaft stärkt und zukunftsfähig macht.

Ich weiß, dass Engagement in der Kommunalpolitik von Rückschlägen begleitet sein kann und Geduld erfordert. Doch Erfolg ist die Summe vieler kleiner Schritte und auch einiger Misserfolge. Es lohnt sich, die eigene Komfortzone zu verlassen, die eigenen Ideen einzubringen und die Dinge in die Hand zu nehmen. Verantwortung zu übernehmen heißt für mich auch, ein Vorbild zu sein und anderen Frauen zu zeigen, dass wir politisch die Zukunft prägen können – mit Herz, Verstand und Leidenschaft.

Deshalb mein Appell an uns alle: Lassen Sie uns den Raum, den wir brauchen, aktiv einfordern. Setzen wir auf gegenseitige Unterstützung und bauen wir Netzwerke auf, die uns dabei helfen, weiterzukommen. Unsere Gesellschaft braucht unseren weiblichen Blick in der Politik. Übernehmen wir gemeinsam Verantwortung, gestalten wir mit, und zeigen wir, was wir, was man vor allem mit uns erreichen kann. ■

Mit herzlichen Grüßen,
Ihre Ramona Schumann



RECHT SCHAFFT RAHMEN BEDINGUNGEN FÜR MEHR FRAUEN IN DER POLITIK

Ursula Matthiessen-Kreuder, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes (djf)

Als Präsidentin und langjähriges Mitglied des Deutschen Juristinnenbundes (djf) setze ich mich seit Jahren für die gleichberechtigte Repräsentation von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft ein, in der Politik, der Wirtschaft und der Justiz. Doch trotz unserer Erfolge ist es offensichtlich, dass wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag insgesamt liegt aktuell bei knapp 36 Prozent, wobei die Fraktionen hier sehr unterschiedlich aufgestellt sind. In den Landtagen zeigt sich ein ähnliches Bild. Dies unterstreicht, dass die ungleiche Verteilung von Macht zwischen den Geschlechtern noch immer eine Tatsache und ein ernsthaftes Problem darstellt.

Demokratie lebt von der Teilhabe, und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Frauen müssen genauso wie Männer in den politischen Entscheidungsprozessen vertreten sein, um sicherzustellen, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Parlamenten abgebildet wird.

Studien aus diesem Jahr gehen davon aus, dass nur in 9,8 Prozent aller deutschen Kommunen eine Frau Bürgermeisterin ist. Auch in den Großstädten liegt der Anteil nur leicht höher und liegt bei 11,7 Prozent. Besonders in der Kommunalpolitik sehen wir deutlich, dass Frauen unterrepräsentiert sind. Und das, obwohl die Kommunalpolitik eine der zentralen Ebenen der politischen Gestaltung ist, hier wird Politik greifbar, hier wird direkt für die Menschen vor Ort entschieden. Die Bürgermeisterinnen und Kommunalpolitikerinnen wissen aus eigener Erfahrung, wie entscheidend es ist, die Anliegen der Bürger*innen aufzunehmen und dafür Lösungen zu finden. Ihre Arbeit prägt das tägliche Leben in Gemeinden, Städten und Landkreisen – und damit die Basis unserer Demokratie.

Wir sehen, dass Frauen auf kommunaler Ebene immer noch mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind. Das politische Amt erfordert oft ein großes Maß an zeitlicher und emotionaler Hingabe. Besonders für Frauen, die nach wie

vor den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit übernehmen, ist die Vereinbarkeit von Familie und politischer Verantwortung eine Hürde, die wir nicht ignorieren dürfen. Zudem fehlt es oft an Netzwerken, die Frauen in ihrem politischen Werdegang unterstützen und stärken. Auch die insgesamt steigende Gefahr, für das Engagement in der Heimatstadt vermehrt Hass, Hetze und Gewalt abzubekommen, hält Frauen ab, sich in der Politik zu engagieren. Wir müssen für die Sicherheit von politisch engagierten Menschen sorgen und dabei insbesondere auch Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nehmen. Das heißt auch, dass wir uns neben Sexismus auch entschieden gegen Rassismus und Antisemitismus stellen müssen.

PARITÄTSGESETZE ALS HEBEL

Ein wichtiger Hebel, um Geschlechterungleichheit zu bekämpfen, sind Paritätsgesetze. Der Deutsche Juristinnenbund setzt sich seit langem dafür ein, dass die gleichberechtigte Repräsentation von Frauen in den Parlamenten gesetzlich festgeschrieben wird. Parität beruht auf der Grundidee, die wir 1918 erkämpft hatten: Die Idee der Wahlberechtigung von Frauen. Ihr war ein langer, weltweiter Kampf vorausgegangen, wie wir uns ja aus Anlass des 100. Geburtstages des Frauenwahlrechts wieder in Erinnerung gerufen hatten. Nach der Wahl im Jahre 1920 waren dann etwas mehr als 8 Prozent der Abgeordneten des Deutschen Reichstages Frauen. Nach dem Naziterror trat der Bundestag zusammen und in seiner ersten Legislatur lag der Frauenanteil deutlich unter 7 Prozent. Das änderte sich dann nur sehr langsam, bis heute, und Deutschland liegt im internationalen Vergleich weiter hinterher.

PARTEIINTERNE QUOTENREGELUNGEN

Der Einstieg in die parlamentarische Parität läuft über Parteien. Der Anstieg des Frauenanteils in den letzten Jahrzehnten ist vor allem parteiinternen Quotenregelungen zu verdanken. Fast alle Parteien haben über ihre Satzungen Regelungen geschaffen, die den Zugang von Frauen zu politischen Mandaten verbessern sollen, die Regelungen sind dabei unterschiedlich. Die Grünen waren die ersten, sie führten 1986 eine 50-Prozent-Frauenquote für parteiinterne Ämter, Mandate und für die Besetzung ihrer Wahllisten ein,

die SPD folgte mit einer 40-Prozent-Quote für Ämter und Listenplätze wenige Jahre später. Die CDU hat in den letzten Jahren eine verbindliche Frauenquote für Vorstandsämter ab der Kreisebene eingeführt, die von 2023 bis 2025 von einem Drittel bis zu 50 Prozent stufenweise erhöht wird.

Wir – der Deutsche Juristinnenbund – meinen, dass die Schaffung paritätischer Listenverfahren dem verfassungsmäßigen Auftrag aus Art. 3 Abs. 2 GG entspricht, die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen. Dass versucht wird, die Verfassungsgemäßheit des Anliegens der Parität als verfassungswidrig zu bezeichnen, ist in unseren Augen ein schwerer Angriff auf das, was es beim Staatsziel Gleichberechtigung noch zu tun ist.



» *Demokratie lebt von der Teilhabe, und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit.«*

Ursula Matthiessen-Kreuder

IRRTÜMER ÜBER PARITÄT

Der Deutsche Juristinnenbund hat bereits 2021 die leider weiterhin hochaktuelle Publikation „11 Irrtümer über Parität“ veröffentlicht, um auf die häufigsten Einwände gegen solche Regelungen zu reagieren. Ein häufiges Argument, das uns immer wieder begegnet, ist, dass Frauen sich einfach nicht genügend engagieren wollten. Doch das ist ein Trugschluss. Die mangelnde Repräsentation von Frauen in der Politik liegt nicht an fehlendem Willen, sondern an strukturellen Hindernissen: starken Männernetzwerken, geschlechtsspezifischen Vorurteilen und Arbeits- und kommunale Sitzungsstrukturen, die auf die Bedürfnisse von Frauen nicht ausgerichtet sind.

Ein weiterer Einwand ist, dass Paritätsgesetze Männer diskriminieren würden. Dabei geht es nicht darum, Männer auszuschließen, sondern darum, gleiche Chancen für alle zu schaffen. Unsere Demokratie wird nur dann wirklich stark und gerecht, wenn die Hälfte der Bevölkerung auch die Hälfte der Macht besitzt.

Um mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen und sie zu fördern, brauchen wir gezielte Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen verbessern. Flexible Arbeitszeiten, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gezielte Förderprogramme und Netzwerke sind hier entscheidend. Wir müssen sicherstellen, dass Frauen, die politisch aktiv sein wollen, nicht aufgrund struktureller Hindernisse benachteiligt werden.



ligt werden. Die politische Kultur muss sich verändern, und es ist unsere Aufgabe, diese Veränderung voranzutreiben.

BESORGNISERREGENDER TREND VON ANTIFEMINISMUS

Ein besorgniserregender Trend, den wir in den letzten Jahren zunehmend beobachten, ist das Erstarken rechtspopulistischer und autoritärer Bewegungen in Deutschland. Wir haben dies in mehreren Bundesländern – zuletzt bei den Landtagswahlergebnissen in Sachsen, Thüringen und zuletzt in Brandenburg – deutlich gesehen. Diese Bewegungen stellen nicht nur zentrale demokratische Werte infrage, sondern auch die Errungenschaften der Frauenrechtsbewegung. Antifeminismus ist ein verbindendes Element dieser Bewegungen. Stereotype und reaktionäre Frauen- und Familienbilder werden in ihren Programmen beworben, reproduktive Freiheiten werden eingeschränkt und alternative Lebensmodelle, die von traditionellen Vorstellungen abweichen, werden systematisch angegriffen.

Für uns alle, insbesondere für Kommunalpolitikerinnen, bedeutet dies eine große Herausforderung. Sie sind nicht nur politische Entscheidungsträgerinnen, sondern vor Ort auch die Verteidigerinnen der demokratischen Werte, die durch solche Bewegungen bedroht werden. In ihrer Arbeit in den Gemeinden und Städten haben sie die Chance, diesen Tendenzen entgegenzutreten und deutlich zu machen, dass un-

sere Demokratie auf der Gleichberechtigung und der Vielfalt aller Bürger*innen basiert.

Die Bürgermeisterinnen und Kommunalpolitikerinnen leisten tagtäglich eine herausragende Arbeit. Sie tragen nicht nur eine große Verantwortung für Ihre Gemeinden, sondern sind auch Vorbilder für viele Frauen, die ebenfalls politisch aktiv werden wollen. Ihr Engagement und ihr Mut, in der politischen Landschaft zu bestehen, sind von unschätzbarem Wert. Sie zeigen, dass Frauen in der Politik nicht nur vertreten sein sollten, sondern entscheidend dazu beitragen, dass unsere Demokratie stärker und gerechter wird.

GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER ALS BEDINGUNG FÜR EINE WIDERSTANDSFÄHIGE DEMOKRATIE

Die Zukunft unserer Demokratie hängt davon ab, ob wir es schaffen, Frauen und Männer gleichermaßen an den politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Parität ist keine Utopie, sondern eine Notwendigkeit. Die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Politik ist eine Bedingung für eine starke und widerstandsfähige Demokratie. Wir müssen gemeinsam die Rahmenbedingungen schaffen, die es Frauen ermöglichen, ihre Stimmen und Perspektiven in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen. Denn nur so kann echte Demokratie gelingen. ■

» *Wir – der Deutsche Juristinnenbund – meinen, dass die Schaffung paritätischer Listenverfahren dem verfassungsmäßigen Auftrag aus Art. 3 Abs. 2 GG entspricht, die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen.«*





DIE VERMESSUNG DES FRAUENANTEILS IM BÜRGERMEISTERAMT IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN DER BUNDESLÄNDER

Simon Stocker | Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart

Frauen in der Politik sind auf allen politischen Ebenen zahlenmäßig unterrepräsentiert – auch auf der lokalen Ebene. Wie groß diese Repräsentationslücke ausfällt ist jedoch nicht genau bekannt. Ursache hierfür ist, dass Daten zur Frauenpräsenz in politischen Ämtern auf lokaler Ebene nicht flächendeckend über alle Bundesländer hinweg standardisiert erfasst werden (Stocker 2024). Seit 2008 werden im Rahmen des Gender-Rankings zumindest für deutsche Großstädte die Frauenanteile in politischen Machtpositionen – unter Oberbürgermeistern, den Beigeordneten, in den Fraktionen, den Ausschüssen und in den Räten erhoben (Holtkamp und Wiechmann 2022). Hierbei konnte im Zeitverlauf ein leicht positiver Trend identifiziert werden, im Jahr 2022 waren etwa 37 Prozent der Ratsmitglieder und 11,7 Prozent der Oberbürgermeister weiblich. Diese Erhebung beschränkt sich jedoch nur auf 77 Städte, die aufgrund ihrer Größe nicht repräsentativ für die zahlreichen, vor allem kleineren Kommunen in der Bundesrepublik sind. Im Gegensatz zum Frauenanteil in den Gemeinderäten – der zumindest teilweise durch die statistischen Landesämter erfasst wird – werden zur Frauenpräsenz

im Bürgermeisteramt keine Daten in der offiziellen Statistik erhoben (Schwarz 2019; Stocker 2023). Eine Auswertung des Frauenanteils im Bürgermeisteramt für Baden-Württemberg, Brandenburg, Thüringen und Sachsen auf Basis manueller Recherchen bzw. automatisierter Google-Suchanfragen hat jedoch gezeigt, dass die Unterrepräsentanz in Bezug auf das Bürgermeisteramt noch stärker ausgeprägt ist als in den Räten (Stocker 2024). Im Durchschnitt über die betrachteten Bundesländer betrug der Frauenanteil im Jahr 2020 dort etwa 12 Prozent. Im vorliegenden Beitrag wird diese Datenlücke adressiert und eine Schätzung des Frauenanteils im Bürgermeisteramt über alle 13 Flächenländer hinweg vorgestellt.

DIE ERHEBUNG DES BÜRGERMEISTER- GESCHLECHTS MITTELS AUTOMATISIER- TER GOOGLE-SUCHANFRAGEN

Um den Frauenanteil im Bürgermeisteramt der Kommunen zu ermitteln, wurde ein Verfahren entwickelt, das auf automatisierten Google-Suchanfragen basiert. Die manuelle



»» *Wie groß diese Repräsentationslücke ausfällt ist jedoch nicht genau bekannt. Ursache hierfür ist, dass Daten zur Frauenpräsenz in politischen Ämtern auf lokaler Ebene nicht flächendeckend über alle Bundesländer hinweg standardisiert erfasst werden.*
(Stocker 2024)

Recherche des Geschlechts aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder eine direkte Anfrage an die jeweiligen Gemeindeverwaltungen wäre mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden. Da die meisten Kommunen jedoch über eine eigene Webseite verfügen, auf der Informationen zu Ansprechpartnern – darunter oft die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – abrufbar sind, und zusätzlich für viele größere Städte und Gemeinden Wikipedia-Einträge sowie Berichte der Lokalpresse existieren, lässt sich diese Information in der Regel mit Suchmaschinen wie Google auffinden.

Durch den Einsatz von Browser-Automation wurde für jede der 10.748 deutschen Gemeinden automatisiert eine Suchanfrage gestellt.¹ Der Aufbau der Anfragen erfolgte nach einem festgelegten Schema: „Bürgermeister/Oberbürgermeister, Gemeindegemeinde, PLZ“. Die auf der ersten Ergebnisseite enthaltenen Resultate wurden anschließend gespeichert und umfassen Informationen aus unterschiedlichen Quellen wie kommunalen Homepages, Wikipedia-Einträgen und Presseartikeln. Um aus den so gewonnenen unstrukturierten Textdaten die Namen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Gemeinden zu extrahieren, wurde auf das GPT-Sprachmodell von OpenAI zurückgegriffen.² Über die Programmierschnittstelle wurde der Text der Google-Suchergebnisse für jede Gemeinde an das Sprachmodell mit der Aufforderung übergeben, den Vor- und Nachnamen

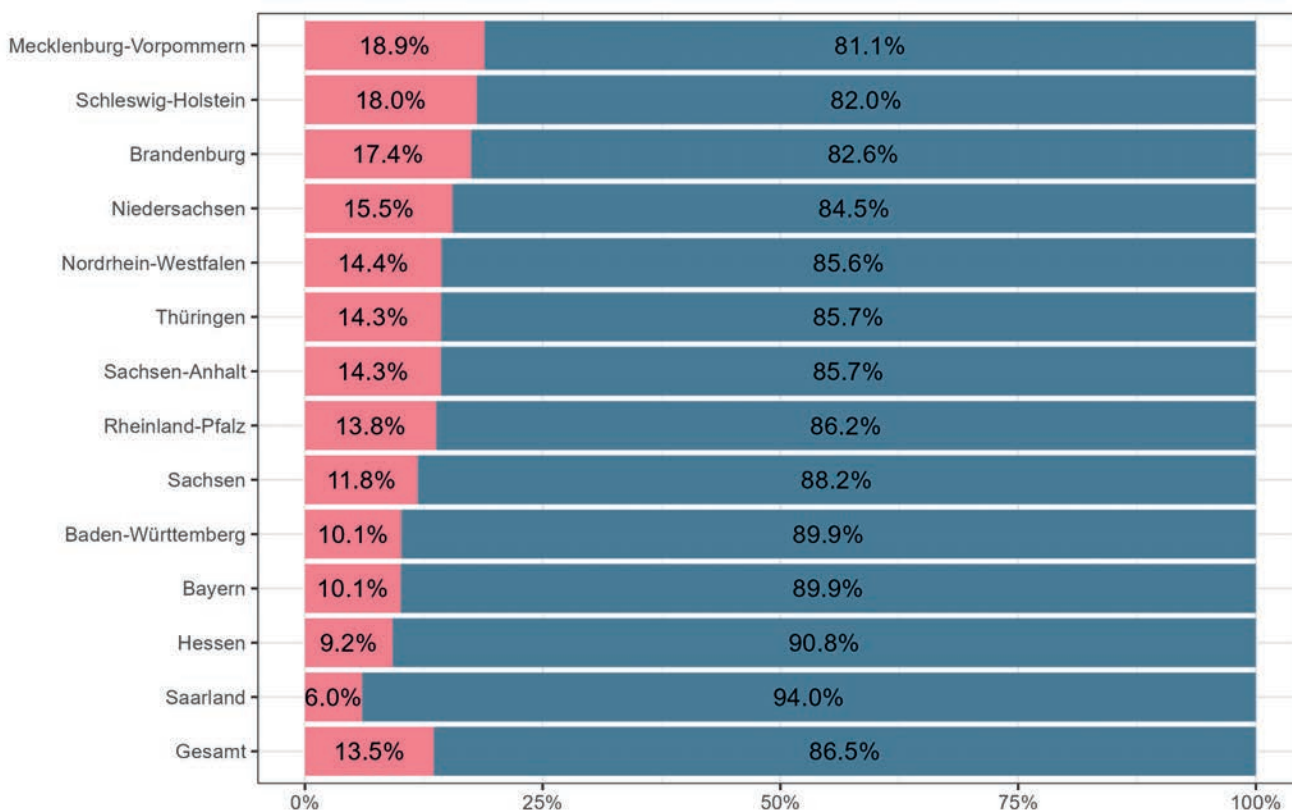
des jeweiligen Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin zu identifizieren. Diese extrahierten Namen erlaubten dann eine Schätzung des Geschlechts. Hierfür wurde ein Machine-Learning-Klassifikator verwendet, der auf Basis des Vornamens das wahrscheinliche Geschlecht ermittelt.³ Das Modell unterscheidet zwischen männlichen und weiblichen Vornamen, sowie solchen, die primär männlich, primär weiblich oder für beide Geschlechter üblich sind. Nicht eindeutig zuordenbare Namen wurden von der weiteren Analyse ausgeschlossen (diese machen etwa 1 Prozent der Fälle aus). Auf diese Art und Weise konnte das Geschlecht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für 10.640 Gemeinden über alle 13 Bundesländer hinweg geschätzt werden.

Wichtig ist jedoch zu beachten, dass es sich hierbei um ein komplexes Verfahren handelt, bei dem in verschiedenen Prozessschritten Messungenauigkeiten auftreten können. Trotz der eindeutigen Eingabe von Gemeindegemeinde und Postleitzahl ist nicht gänzlich auszuschließen, dass Suchergebnisse auch Informationen zu anderen, gleichnamigen Gemeinden enthalten. Es ist zudem möglich, dass das Sprachmodell in einigen Fällen Namen als Bürgermeister identifiziert, die tatsächlich zu anderen Personen gehören. Auch die Zuordnung des Geschlechts anhand des Namens ist nicht immer eindeutig und kann zu Fehlklassifikationen führen. Aus diesen Gründen handelt es sich bei den Ergebnissen lediglich

1 Die Daten wurden am 31.10.2024 erhoben.

2 Es wurde das Modell „gpt-4o-mini-2024-07-18“ verwendet, siehe <https://platform.openai.com/docs/models>.

3 Es wurde das „gender-guesser“-Python Modul verwendet, siehe <https://pypi.org/project/gender-guesser/>.



Durchschnittlicher Frauenanteil im Bürgermeisteramt nach Bundesländern

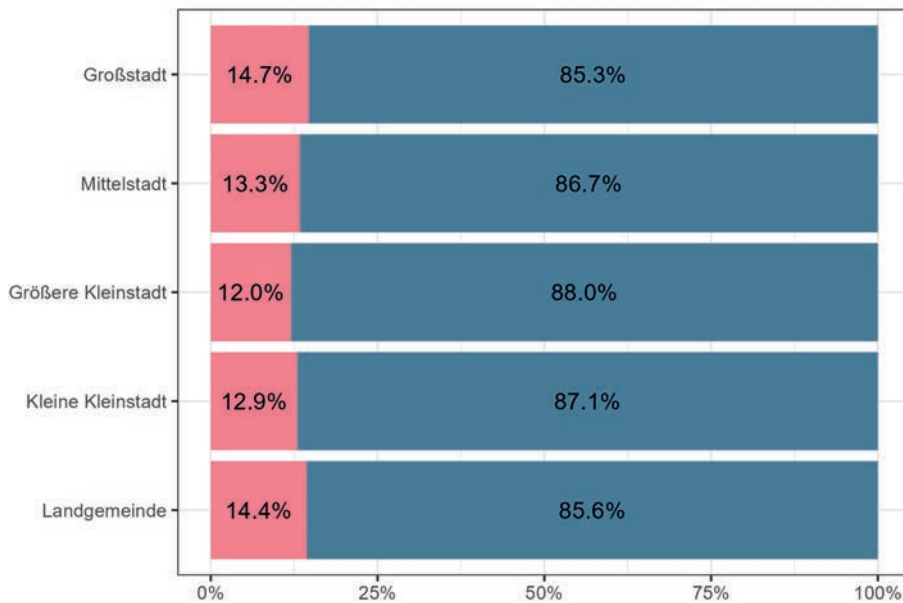
um eine Schätzung des Geschlechts der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Um eine Aussage zur Zuverlässigkeit des Verfahrens treffen zu können, wurde für eine Zufallsstichprobe von 100 Gemeinden der Name und das Geschlecht des amtierenden Bürgermeisters manuell recherchiert und mit den Ergebnissen der automatisierten Schätzung abgeglichen. Dieser Abgleich ergab eine Übereinstimmung von 94 Prozent zwischen dem tatsächlichen und den geschätzten Namen der Bürgermeister.

ERGEBNISSE – DER FRAUENANTEIL IM BÜRGERMEISTERAMT IM VERGLEICH ÜBER DIE BUNDESLÄNDER

Nachdem zuvor der Prozess der automatisierten Datengewinnung des Geschlechts der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beschrieben wurde, werden nun die Ergebnisse betrachtet. Abbildung 1 zeigt die auf Grundlage der erhobenen Daten durchschnittlichen Frauenanteile im Bürgermeisteramt. Über alle Bundesländer hinweg beträgt der Frauenanteil im Bürgermeisteramt 13,5 Prozent, entsprechend wird etwas weniger als jede siebte Gemeinde von einer Frau geleitet. Im Hinblick auf die Bundesländer zeigen sich jedoch

erhebliche Unterschiede. Die höchsten durchschnittlichen Frauenanteile zeigen sich in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein mit 18,9 Prozent bzw. 18,0 Prozent, gefolgt von Brandenburg (17,4 Prozent) und Niedersachsen (15,5 Prozent). Aber auch in Nordrhein-Westfalen (14,4 Prozent), Thüringen (14,3 Prozent), Sachsen-Anhalt (14,3 Prozent) und Rheinland-Pfalz (13,8 Prozent) liegen die Frauenanteile im Bürgermeisteramt über dem Bundesdurchschnitt. Sachsen liegt mit einem Wert von 11,8 Prozent hingegen unter dem Durchschnitt, ebenso wie Baden-Württemberg und Bayern (beide 10,1 Prozent) und Hessen (9,2 Prozent). Schlusslicht stellt das Saarland dar, hier sind nur 6,0 Prozent der Bürgermeister weiblich. Tendenziell ist festzustellen, dass in den neuen Bundesländern – mit Ausnahme von Sachsen – relativ betrachtet mehr Kommunen von Frauen geführt werden als in den übrigen Bundesländern.

In Abbildung 2 wird zusätzlich nach der Größe der Gebietseinheiten unterschieden, Grundlage hierfür stellt die Einteilung der Gemeinden durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung dar. In den Landgemeinden mit meist weniger als 5000 Einwohnern haben 14,4 Prozent eine Bürgermeisterin, in den kleineren und größeren Kleinstädten



Durchschnittlicher Frauenanteil im Bürgermeisteramt nach Gemeindegröße

sind es 12,9 Prozent bzw. 12,0 Prozent. Von den Mittelstädten mit meist 20.000 bis 100.000 Einwohnern werden 13,3 Prozent von einer Frau geleitet, in Großstädten sind 14,7 Prozent der Bürgermeister weiblich. Insgesamt lässt sich also kein genereller Trend erkennen, dass der Frauenanteil im Bürgermeisteramt mit der Gemeindegröße zu- oder abnimmt.



ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

Die vorgestellten Daten stellen den ersten Versuch einer flächendeckenden Erhebung des Frauenanteils im Bürgermeisteramt dar. Die Ergebnisse zeigen, dass mit 13,5 Prozent nur vergleichsweise wenige Gemeinden von einer Frau geleitet werden. Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, wobei die Frauenanteile zwischen 6 Prozent und fast 19 Prozent variieren. Es ist wichtig zu betonen, dass es sich bei diesem Ansatz lediglich um eine Schätzung handelt, die gewisse Ungenauigkeiten enthalten kann. Aus diesem Grund wäre es wünschenswert, wenn Daten zum Geschlecht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister perspektivisch standardisiert in der öffentlichen Statistik erhoben würden. Eine solche Datenbasis würde es zudem

» Die Ergebnisse zeigen, dass mit 13,5 Prozent nur vergleichsweise wenige Gemeinden von einer Frau geleitet werden. Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, wobei die Frauenanteile zwischen 6 Prozent und fast 19 Prozent variieren.«

Simon Stocker
Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Abteilung Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung, Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart

ermöglichen, etwaige Trends im Zeitverlauf zu erkennen und auf dieser Grundlage gezielte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. ■

Weiterlesen

Mehr Daten und Fakten zu Frauen in kommunal- politischen Ämtern von Simon Stocker: „Frauen in kommunalpolitischen Ämtern und ihr Einfluss auf die Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen“:

<https://www.destatis.de>



Quellen

Holtkamp, Lars, und Elke Wiechmann. "Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik. Das Ranking deutscher Großstädte 2022" Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Berlin (2022).
Schwarz, Thomas. "Die Wahlbeteiligung bei Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg 2010 bis 2017." Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2 (2019): 1-11.
Stocker, Simon. "Frauen in der Lokalen Politik und kommunale Wahlbeteiligung. Ein Fall für deskriptive Repräsentation?" Politische Vierteljahresschrift 64.2 (2023): 269-292.
Stocker, Simon. "Frauen in kommunalpolitischen Ämtern und ihr Einfluss auf die Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen." WISTA-Wirtschaft und Statistik 76.2 (2024): 31-43.



JETZT ERST RECHT!

KOMMUNALPOLITIKERINNEN IN SACHSEN ZWISCHEN ANGST UND AUFBRUCH

Kathrin Mahler Walther | EAF Berlin

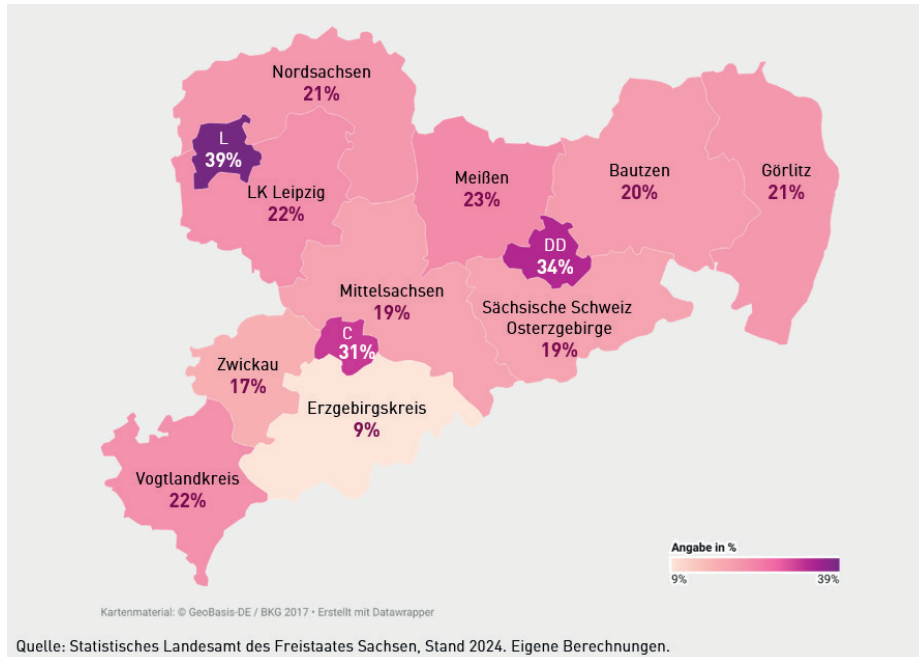
Bundesweit liegt der Anteil von Frauen in den kommunalen Vertretungen bei nur 30 Prozent. Beim Blick auf die einzelnen Bundesländer zeigen sich erhebliche Unterschiede: Sachsen ist mit lediglich 22 Prozent Schlusslicht im bundesdeutschen Vergleich. Eine neue Studie der EAF Berlin im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung beleuchtet jetzt erstmals die Ursachen und gibt weitreichende Handlungsempfehlungen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen ein differenziertes Bild der aktuellen Situation in Sachsen: Zum einen gibt es eine starke Zivilgesellschaft mit vielen motivierten und engagierten Frauen, es ist also großes Potenzial für die Stärkung der Repräsentanz von Frauen vorhanden. Die gestiegene Anzahl von Kandidatinnen für die Kommunalwahl 2024 unterstreicht dies. Zum anderen stellt das zunehmend polarisierte politische und gesellschaftliche Klima und damit einhergehende Anfeindungen und Bedrohungen eine wachsende Barriere für kommunalpolitisches Engagement von Frauen und marginalisierten Personengruppen dar. Die herausfordernde politische Situation hält Frauen teilweise davon ab, sich in der Kom-

munalpolitik zu engagieren. Sie führt aber zugleich auch zu einer Verstärkung des demokratischen Engagements, zu einem „Jetzt erst recht!“. So entschieden sich mehrere langjährige Mandatsträgerinnen gerade deshalb für eine erneute Kandidatur. Viele Frauen engagieren sich in einer der zahlreichen Initiativen und Bündnisse für Offenheit, Toleranz und ein solidarisches Miteinander.

UNBEDINGT NOTWENDIG: ANGEBOTE ZUR ANSPRACHE UND STÄRKUNG VON FRAUEN

Der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen ist mit der Kommunalwahl 2024 leicht angestiegen auf 22 Prozent – von vorher 20 Prozent. Dies fällt besonders stark in jenen Regionen ins Gewicht, in denen viele Programme und Veranstaltungen zur Stärkung und Motivation von Frauen stattfanden. In Landkreisen mit dahingehend hoher Aktivität konnten die Frauenanteile um bis zu 8 Prozentpunkte – wie im Kreistag Meißen – gesteigert werden. Es lohnt sich demnach nicht nur, in entsprechende Maßnahmen zur Ansprache von Frauen zu investieren, es ist vielmehr eine Notwendigkeit. Denn während



in sechs Landkreisen die Repräsentanz von Frauen stieg, sank sie zugleich in vier Landkreisen – am stärksten um 5 Prozentpunkte im Erzgebirgskreis, wie die Abbildungen im Vergleich zeigen.

ZUSÄTZLICHE HÜRDEN: STRUKTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Ursachen für die geringe und in manchen Regionen sogar rückläufige Repräsentanz von Frauen liegen neben dem sich zuspitzenden politischen und gesellschaftlichen Klima auch in den strukturellen Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement. Dazu zählen gesellschaftlich verankerte Rollenbilder, die zu Herausforderungen in der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und zur Ausgrenzung von Frauen in der Politik führen. Fast alle in der Studie befragten Frauen berichten über Erfahrungen von Sexismus. Er begegnet den Frauen in den Parteien, den Räten, auf der Straße und in den Medien. Frauen setzen darauf, sich mit inhaltlicher Kompetenz Gehör und Akzeptanz zu verschaffen und klare Grenzen gegen sexistische Angriffe zu setzen. Das benötigt viel Energie und stellt neben der Arena der inhaltlichen Auseinandersetzungen im Rat eine zusätzliche

»*„Es gibt hier überall Menschen, die ganz andere Werte vertreten. Und dass Ziel ist natürlich, dass auch die laut werden und dass ganz Deutschland sieht: Sachsen ist nicht nur blau und es gibt ganz, ganz viele, die was dagegen tun und da auch wütend darüber sind. Unsere schöne Region, die so lebenswert ist und die so viele wunderbare Möglichkeiten hat.“*

*[...]
Umso wichtiger finde ich es, dass man wirklich sagt: „Ich rege mich darüber nicht nur auf, sondern ich gucke, was kann ich machen im Rahmen meiner Möglichkeiten.“*«

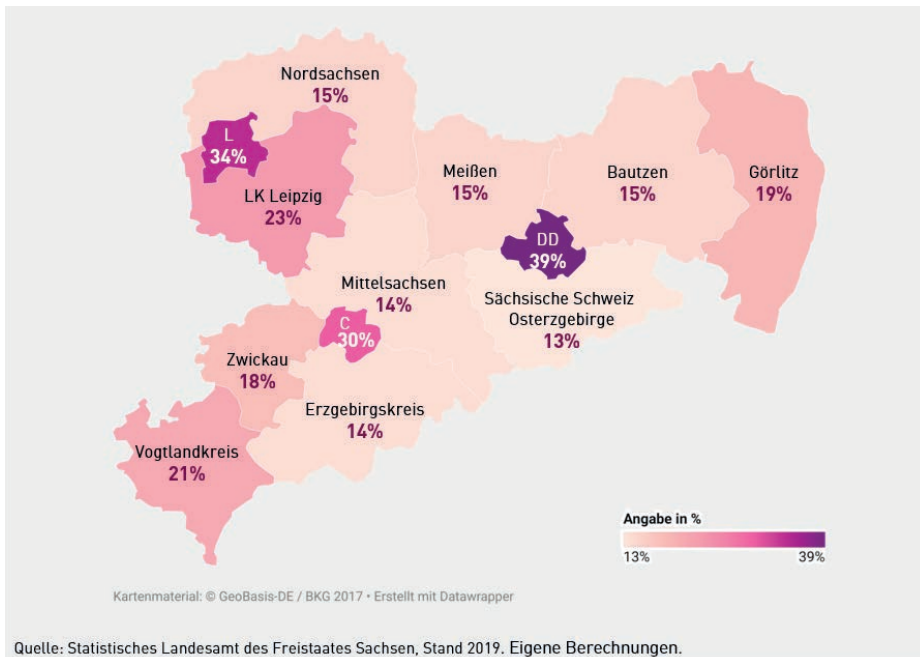
Teilnehmerin der Studie,
Fokusgruppe Zivilgesellschaft,
ländliche Region

Arena der Selbstbehauptung dar. Erschwerend kommen weitere Faktoren wie lange Sitzungszeiten in den Abendstunden, aufwendige Vorbereitungen und zusätzliche Vor-Ort-Termine mit Bürger*innen hinzu. Diese erfordern eine Einschränkung beruflicher Tätigkeiten, welche jedoch durch häufig sehr geringe Aufwandsentschädigungen nicht kompensiert wird. Hinzu kommt, dass mit einer Reduzierung der Arbeitszeit auch Einbußen in der Altersvorsorge verbunden sind. Angesichts dieser Herausforderungen können sich viele Frauen ein kommunalpolitisches Engagement schlichtweg nicht leisten.

WAS IST ZU TUN? HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN ZUR FÖRDERUNG DER REPRÄSENTANZ VON FRAUEN

Auf der Grundlage der Studienergebnisse wurden von der EAF Berlin Handlungsempfehlungen entwickelt. Diese verstehen sich als miteinander verflochtene Aspekte einer Gesamtstrategie, welche die Vielfalt von Frauen mit ihren jeweiligen Hemmnissen in den Blick nimmt. Sie richten sich an eine Bandbreite von Adressat*innen in den Kommunen sowie auf Landes- und Bundesebene, dazu zählen die kommunalen Spitzen-

Frauenanteile in den Kreis-
tagen und Stadträten der
kreisfreien Städte 2019



Kathrin Mahler Walther
Geschäftsführende Vorsitzende
der EAF Berlin

verbände ebenso wie zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Parteien. Sie alle müssen einen Beitrag leisten zur Stärkung einer geschlechtergerechten, vielfältigen Repräsentanz der Bevölkerung in der Kommunalpolitik und damit zur Zukunftsfähigkeit dieses für das Gemeinwesen so wichtigen Engagements.

8. Intersektionale Perspektive einnehmen und spezifische Barrieren unterschiedlicher Frauen adressieren und abbauen. ■

Die Handlungsempfehlungen umfassen folgende Felder:

1. Ein breites Angebot zu politischer Bildung und zur Beteiligung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ermöglichen.
2. Ressourcen zur Stärkung der Zivilgesellschaft bereitstellen – viele Kommunalpolitikerinnen finden ihren Zugang und ihre Motivation über zivilgesellschaftliches Engagement.
3. Gleichstellungsstrukturen stärken – kommunale Gleichstellungsbeauftragte brauchen zeitliche und finanzielle Ressourcen, um vor Ort ihre Schlüsselrolle wahrnehmen zu können.
4. Überparteiliche Programme und Maßnahmen zur Ermutigung, Information und Vernetzung für Frauen schaffen.
5. Aktive Ansprache von Frauen und weiteren unterrepräsentierten Gruppen durch die Parteien, Schaffung einer Willkommenskultur und -struktur.
6. Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern, beispielsweise durch die Möglichkeit hybrider Sitzungen und landesweit einheitlich gestalteter, angemessener Aufwandsentschädigungen.
7. Wirksamen Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen im Rat, im Lebensumfeld und im Internet sicherstellen.

STUDIENDESIGN UND
WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Für die qualitative Studie wurden zwischen Oktober 2023 und März 2024 Einzelinterviews und Fokusgruppendifkussionen mit folgenden Zielgruppen aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen geführt:

1. Amts- und Mandatsträgerinnen
2. Weibliche Parteimitglieder ohne kommunalpolitisches Mandat
3. Zivilgesellschaftlich engagierte Frauen ohne kommunalpolitisches Mandat.

Die Studie wurde von der EAF Berlin durchgeführt, einer unabhängigen und gemeinnützigen Forschungs- und Beratungsorganisation. Seit 1996 engagiert sich die EAF Berlin für Vielfalt und Chancengleichheit in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt u.a. in der Förderung der Repräsentanz von Frauen in der (Kommunal-)Politik.

Autorinnen der Studie sind Kathrin Mahler Walther, Anna Sive, Lisa Hempe und Dr. Helga Lukaschat.





MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK

EIN AKTIONSPROGRAMM MIT NACHHALTIGER WIRKUNG

Leonie Schütte-Silverio und Lisa Hempe | EAF Berlin

Die Kommunalpolitik in Deutschland bietet vielfältige Chancen, durch bürgernahe Gestaltung, demokratische Mitbestimmung, Förderung von Vielfalt und innovative Projekte eine gerechtere und nachhaltigere Gesellschaft zu schaffen. Um diesen Prozess voranzutreiben, ist es entscheidend, vielfältigere Perspektiven in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen, damit die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung besser berücksichtigt werden und die Lebenswelten vor Ort aktiv mitgestaltet werden können. Dennoch sind Frauen, ihre Perspektiven und Lebensrealitäten, in den Stadt- und Gemeinderäten sowie in den Kreistagen weiterhin nicht ausreichend repräsentiert. Derzeit sind nur rund 30 Prozent aller Mandate in kommunalen Vertretungen mit Frauen besetzt und auch unter haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister*innen und Landrät*innen liegt der Frauenanteil bei nur ca. 10 Prozent. In ländlichen Regionen ist dies oft besonders spürbar.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Projekt „Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!“ zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil in kommunalen Vertretungen und

Führungspositionen nachhaltig zu steigern – mit Erfolg! In drei Jahren wurden in je zwei Durchgängen insgesamt 20 Regionen in Deutschland begleitet und durch Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und ein überparteiliches Mentoring-Programm.

Neben der Unterstützung der politisch aktiven Frauen nahm das Programm die Herausforderung an, strukturelle Veränderungen in den Kommunen zu bewirken mit dem Ziel die Kommunalpolitik insgesamt attraktiver zu gestalten und gleichzeitig die Akzeptanz und die Zugänge zur politischen Teilhabe für alle zu verbessern.

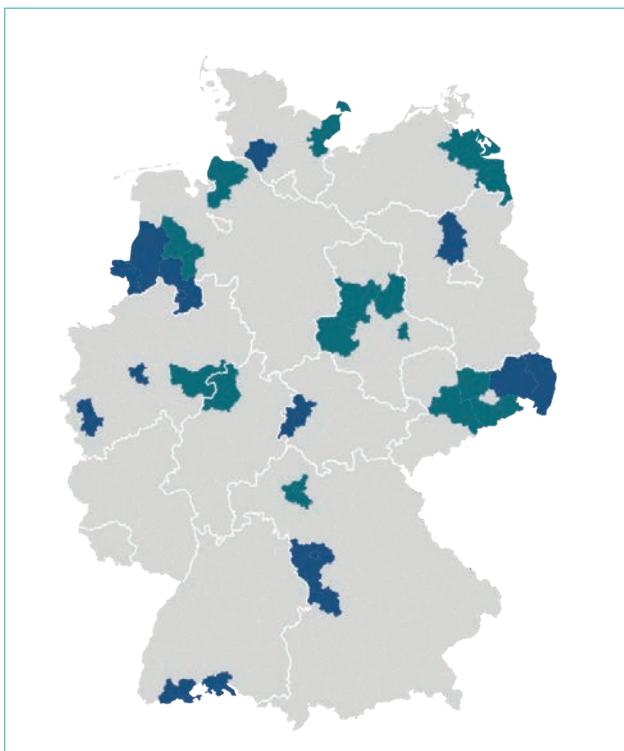
VON DER THEORIE ZUR PRAXIS: 20 REGIONEN, 20 ERFOLGSGESCHICHTEN

Obwohl die teilnehmenden Landkreise und Kommunen sich hinsichtlich ihrer geografischen Lage, Bevölkerungsgröße und sozioökonomischen Rahmenbedingungen teilweise stark unterscheiden, begegnen ihnen ähnliche Herausforderungen und konnten sich so auch gegenseitig mit Aktivitäten

Partnerregionen

Die geförderten Partnerregionen liegen in ganz Deutschland und bestehen teilweise aus Zusammenschlüssen mehrerer Landkreise, Städte oder Gemeinden:

- Kreis Steinburg
- Kreis Ostholstein
- Landkreis Vorpommern-Greifswald
- Landkreis Oberhavel mit der Stadt Oranienburg
- Landkreise Bautzen und Görlitz
- Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Meißen und Mittelsachsen
- Landkreis Harz
- Wartburgkreis
- Landkreis Waldeck-Frankenberg
- 19 Gemeinden in der Region Hesselberg
- Landkreis Schweinfurt
- Landkreis Konstanz
- Landkreis Waldshut
- Stadt Jülich, Stadt Linnich und die Landgemeinde Titz
- Hochsauerlandkreis
- Ennepe-Ruhr-Kreis
- Landkreise Jerichower Land, Börde und die Stadt Dessau-Roßlau
- Landkreise Cloppenburg und Vechta
- Landkreis Emsland, Landkreis Osnabrück & Landkreis Grafschaft Bentheim
- Hadler Region: Samtgemeinden: Land Hadeln, Börde Lamstedt, Hemmoor



und Maßnahmen inspirieren. Während der Projektlaufzeit haben die Regionen viele Maßnahmen umgesetzt.

Jede Region erhielt 5.000 Euro, um regionale Aktivitäten wie etwa Fortbildungsangebote, Sensibilisierungsmaßnahmen und Vernetzungsmöglichkeiten umzusetzen. Die Kommunen riefen Stammtische und Diskussionsrunden ins Leben, organisierten Filmreihen und Ausflüge in den Landtag und Bundestag.

STRUKTUREN VERÄNDERN: MEHR FLEXIBILITÄT UND BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN

Ein wichtiger Baustein des Programms lag in der Zusammenarbeit vor Ort, bei der engagierte Akteur*innen aus verschiedenen Bereichen zusammenkamen: Gleichstellungsbeauftragten trafen sich mit Bürgermeister*innen, Landrät*innen, Parteivertreter*innen oder frauenpolitischen Organisationen. Dieses Netzwerk konnte gezielt regionale Herausforderungen angehen. Die Zusammenarbeit gab insbesondere den Gleichstellungsstellen vor Ort neuen Rückenwind, da die Auswahl als Partnerregion die Relevanz des Themas „Frauen in der Politik“ in den Kommunen sichtbar machte und diese verstärkt auf die politische Agenda hob.

Beispielaktivitäten aus den Regionen

Wandern mit Politikerinnen (Schweinfurt)

Der Landkreis Schweinfurt organisierte für politisch interessierte Frauen eine Wanderung mit Kommunalpolitikerinnen. In lockerer Atmosphäre und in Bewegung konnten die Teilnehmenden mit erfahrenen Aktiven ins Gespräch kommen, Fragen stellen und Hürden abgebaut werden.

Politikführerschein (Vorpommern-Greifswald)

In Kooperation mit der Volkshochschule hat der Landkreis Vorpommern-Greifswald eine Weiterbildungsreihe ins Leben gerufen. Auf dem Programm steht eine große Bandbreite an Themen von „Grundlagen in der Politik“, „Finanzen und Haushaltsplanung“ bis zu gesellschaftlichen Themen wie „Sexismus“ und „Demokratische Werte“.

Pasta & Politik (Bautzen und Görlitz)

Die Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise Bautzen und Görlitz haben das zwanglose Austauschformat „Pasta & Politik“ ins Leben gerufen. Hierbei laden Sie zum gemeinsamen Pasta Essen und der Besprechung politischer Themen ein.



“

“Das Thema Frauen in der Kommunalpolitik ist überall angeregt worden: **in der Verwaltung, in den Gremien, bei den Fraktionen, bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.** Ich denke, wir haben sehr viel angestoßen, große Aufmerksamkeit erlangt und viele bewegt. Ich freue mich sehr, jetzt an diesen positiven Entwicklungen anknüpfen zu können und sie fortzuführen.”

Gabriele Fänder, Gleichstellungsbeauftragte (Landkreis Meißen)

Gemeinsam mit der Steuerungsgruppe vor Ort wurden Aktionsfahrpläne entwickelt und während der Projektlaufzeit umgesetzt. Dadurch konnten zentrale Themen wie Frauenförderung und Teilhabe gezielt adressiert und in den kommunalpolitischen Fokus gerückt werden.

In einigen Regionen lag der Schwerpunkt beispielsweise auf der Vereinbarkeit von politischem Ehrenamt mit Beruf und Familie. Frauen sind im Vergleich zu Männern weiterhin häufiger für die Sorgearbeit zuständig. Unterschiedliche Sitzungszeiten – einige Kommunen tagen maximal bis 19 Uhr, während andere erst um 19 Uhr beginnen – erschweren es Frauen, politisches Engagement und Familienleben zu verbinden. Oft fehlen Kinderbetreuungsangebote, und selbst wenn eine Erstattung für Betreuungskosten angeboten wird, greift diese häufig nicht. Beispielsweise können Großeltern oder Nachbarn, die unentgeltlich auf die Kinder aufpassen, keine Rechnung stellen. Hier sind offizielle Anlaufstellen und Lösungen notwendig, wie etwa eine Übersicht der Gemeinde mit verfügbaren Angeboten oder Kooperationen mit kommunalen Kindertagesstätten.

Das Programm zeigte zudem, dass bereits kleine Veränderungen große Wirkung haben können. Ein Beispiel hierfür liefert der Landkreis Oberhavel, der für seine Kreistagsitzungen die App „MultiTimer“ eingeführt hat, die die Redezeit pro Fraktion auf einem Bildschirm anzeigt. Dies trug wesentlich dazu bei, dass Sitzungen pünktlich enden.

Andere Regionen ließen sich vom Verhaltenskodex der Kreistagsversammlung Rendsburg-Eckernförde und der Stadt Potsdam inspirieren und streben ähnliche Vorhaben an. Der Potsdamer Verhaltenskodex wurde von den „Fraktionärinnen“

initiiert, einem überparteilichen Bündnis kommunalpolitisch aktiver Frauen – auch ein gutes Beispiel für die enorme Bedeutung überparteilicher Netzwerke.

KOMMUNALPOLITIKERINNEN VERNETZEN: NETZWERKE FÜR BÜRGERMEISTERINNEN

Auch um Bürgermeisterinnen bei ihrem Ein- und Aufstieg zu unterstützen, gibt es mittlerweile zahlreiche Netzwerke. Sie bieten nicht nur eine Plattform für den Erfahrungsaustausch, sondern ermöglichen auch die gegenseitige Unterstützung bei der Bewältigung der geteilten Herausforderungen im Bürgermeisterinnenamt. Zurzeit bestehen deutschlandweit in neun Bundesländern Bürgermeisterinnen-Netzwerke und zwei weitere sind im Gründungsprozess.

Die EAF Berlin, Projektträgerin des Aktionsprogramms Kommune, hat verschiedene Bürgermeisterinnen-Netzwerke mit auf den Weg gebracht und begleitet. Zuletzt hat sich 2024 das Netzwerk der Bürgermeisterinnen in Brandenburg gegründet und die EAF Berlin konnte dieses begleiten sowie wichtige Erkenntnisse aus bisherigen Erfahrungen der anderen Netzwerke teilen und Strukturen für das Netzwerk mitgeben.

Ein regelmäßiger Termin des Aktionsprogramms ist das jährlich organisierte Treffen der bundesweiten Bürgermeisterinnen-Netzwerke, bei dem die Sprecherinnen und Vertreter*innen der verschiedenen Bürgermeisterinnen-Netzwerke zusammenkommen, um den Austausch zwischen den Netzwerken zu intensivieren und neue Impulse zu setzen. Weiterhin trug das Aktionsprogramm Kommune durch regelmäßige Fachforen dazu bei, dass Bürgermeisterinnen kostenlos ihre fachlichen Kompetenzen weiter ausbauen konnten. Beispielsweise beim Thema Bürgerinnenkommunikation, bei dem die Bürgermeisterinnen Tools erhielten, wie sie die Bürger*innen noch besser erreichen und politische Inhalte strategischer kommunizieren können.

Die Wirkung der Maßnahmen ist nicht zu unterschätzen: Bürgermeisterinnen fungieren durch ihre Nähe zu den Bürger*innen vor Ort und ihr exemplarisches Engagement für ihre Kommunen als Vorbilder für andere Frauen, insbesondere auch solche, die sich für ein politisches Amt interessieren. So können Bürgermeisterinnen in ihrer Rolle andere Frauen inspirieren, politisch aktiv zu werden in der Kommunalpolitik mitzuwirken und so zu mehr Parität in den politischen Entscheidungsprozessen beitragen.



”

Ich konnte mich in der Region unter anderem mit Gleichstellungsbeauftragten besser vernetzen. Hier wird ein politischer Frauenbeirat entstehen, der dann einer der wenigen sein wird, die es in Deutschland gibt. Meine Mentorin hat mir wirklich viel Mut gemacht, und ich bin total happy, sie an meiner Seite zu haben. Netzwerke hilft.

Anna Lisa Alsleben (Mentee) gründet mit ihrer Mentorin einen frauenpolitischen Stammtisch im Landkreis Vorpommern-Greifswald

ÜBERPARTEILICHE ANGEBOTE: MIT MENTORING MENSCHEN UNTER DEM PARTEIPOLITISCHEN RADAR ERREICHEN UND POLITISCHES ENGAGEMENT STÄRKEN

Ein weiteres zentrales Element des Programms war das überparteiliche Mentoring-Programm, bei dem Neueinsteigerinnen in die Politik durch erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politiker begleitet wurden. Über beide Durchgänge hinweg nahmen mehr als 260 Mentees an dem Programm teil. Davon waren rund 70 Prozent der Mentees parteilos und konnten so überparteilich an die Kommunalpolitik herangeführt werden.

Die Ergebnisse des Mentoring-Programms sprechen für sich: 68 Prozent der Mentees entschieden sich während des Programms für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen oder planen dies für die Zukunft. Über 50 Prozent von ihnen konnten ihre Wahl gewinnen und zogen in Gemeinde- und Stadträte ein. Dies zeigt, dass das Mentoring-Programm nicht nur kurzfristig und individuell Wirkung zeigte, sondern nachhaltig die weibliche Repräsentanz in der Kommunalpolitik stärkte. ■



Leonie Schütte-Silverio
Expert EAF Berlin



Lisa Hempe
Senior Expert EAF Berlin

ÜBER DIE PROJEKTRÄGERIN

Die EAF Berlin ist eine unabhängige Forschungs- und Beratungsorganisation und setzt sich für Chancengleichheit und Vielfalt in Führung ein. Sie arbeitet an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Ein Schwerpunkt der EAF Berlin liegt auf der Förderung der politischen Partizipation von Frauen in nationalen und internationalen Projekten. Zu den Angeboten gehören unter anderem Empowerment- und Vernetzungsangebote in Form von Trainings, Workshops und Seminaren sowie Mentoring-Programme, Studien und Umfragen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, Beratung von Parteien und Kommunen oder Vorträge zu guten Praktiken. Der Fokus liegt auf Empowerment von aktiven und interessierten Kommunalpolitikerinnen, Netzwerkaufbau- und Begleitung und Handlungsempfehlungen für strukturelle Veränderungen in der Kommunalpolitik.



”

*„Beim Thema Rahmenbedingungen geht es schon um ganz einfache **organisatorische Fragen**, wie zum Beispiel, wann ich die Unterlagen für die nächste Sitzung bekomme – und **nicht nur die Sitzungszeiten und Sitzungshäufigkeiten.**“*

Ute Suckfüll, Gleichstellungsbeauftragte (Landkreis Schweinfurt)

5 Take-Aways zur Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik

1. **Frauen-Netzwerke stärken den Erfahrungsaustausch und erhöhen die Sichtbarkeit von Frauen in der Kommunalpolitik.**
2. **Gleichstellungsstellen als neutrale Wegbereiter*innen:** Sie bieten mit ihren Angeboten und als Anlaufstelle wichtige Unterstützung für Frauen beim Einstieg in die Politik. Mehr Ressourcen für diese Stellen sind entscheidend.
3. **Überparteiliche Mentoring-Programme erreichen Menschen, die Parteien nicht erreichen.** Sie bieten interessierten Neueinsteiger*innen Orientierung und erleichtern den Zugang zur Politik.
4. **Attraktive Rahmenbedingungen in der Politik schaffen:** Flexible Sitzungszeiten, Kinderbetreuung, hybride Meetings, bessere Aufwandsentschädigungen, Vertretungsregelungen und ein wertschätzender Umgang miteinander – all diese Maßnahmen machen Kommunalpolitik attraktiver und ermöglichen eine breitere Beteiligung.
5. **Wissen teilen, Wirkung verstärken.** Lösungen müssen nicht neu erfunden werden. Die bewährten Praktiken aus den Partnerregionen wurden zentral erfasst und bieten wertvolle Inspiration für andere Regionen. Diese sind abrufbar unter: <https://www.frauen-in-die-politik.com/bestpractices>

Das Programm wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und von der EAF Berlin in Kooperation mit dem Deutschen LandFrauenverband durchgeführt. Die drei kommunalen Spitzenverbände – der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Städtetag – unterstützen das Programm ebenso wie die BAG Kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten.



Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.



INTERVIEW



„LANDFRAUEN SIND SEIT JEHER BRÜCKENBAUERINNEN“

Interview mit Petra Bentkämper | LandFrauenverband e. V. (dlv)

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Liebe Frau Bentkämper, Sie sind schon lange ein Teil der Landfrauen-Familie. Und die LandFrauen sind das größte Frauennetzwerk Deutschlands. Was macht das Netzwerken unter Frauen aus Ihrer Sicht besonders?*

PETRA BENTKÄMPER: Netzwerke unter Frauen profitieren von diversen Alters- und Berufsgruppen und auch regionaler Vielfalt. Sie haben eines gemeinsam: Die Herausforderungen, denen Frauen in Bezug auf Vereinbarkeitsfragen, Daseinsvorsorge oder Gleichstellung ausgesetzt sind. In dem Wissen, dass diesen Herausforderungen nur gemeinsam etwas entgegengesetzt werden kann, bringen diese Frauen ihre Perspektiven und unterschiedlichen Lebensrealitäten ein, um Verbesserungen und Veränderungen zu erreichen. Denn wir können nicht darauf warten, dass Männer sich für unsere Anliegen stark machen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie lässt sich das Verhältnis von LandFrauen-Arbeit und Politik vor Ort beschreiben? Welche Aspekte konnten die LandFrauen in das „Aktionsprogramm Kommune“ vor allem einbringen?*

PETRA BENTKÄMPER: Vereine und Verbände sind Lernorte für Demokratie. Der dlv sieht sich in der Verantwortung, dass Frauen durch Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gestärkt werden für ihre Vorstandsarbeit. LandFrauen sind Expertinnen für ihre Lebensräume vor Ort. Politische Vertreter*innen werden von LandFrauenverbänden immer zu Veranstaltungen geladen. Die Gespräche mit Politik und auch den Politiker*innen besonders vor Wahlen auf den Zahn zu fühlen und auf Probleme aufmerksam zu machen, ist also schon immer mit dem Engagement der LandFrauen verbunden. KreislandFrauentage sind beispielsweise richtige „politische Kundgebungen“. Zudem sind viele unserer LandFrauen selbst in der Kommunalpolitik aktiv. Im Aktionspro-



sind seit jeher „Brückenbauerinnen“ in vielen Bereichen und sie verkörpern Power – ohne dabei Männer auszuklammern.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Das Programm zeigte, dass bereits kleine Veränderungen große Wirkung haben können – etwa bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt. Welche dieser „kleinen Veränderungen“ lassen sich aus Ihrer Sicht auch auf den Rest der Bundesrepublik übertragen, bzw. als Empfehlungen weitergeben?*

PETRA BENTKÄMPER: Auch wenn im Projekt selbstverständlich nicht das ganze Bundesgebiet abgedeckt werden konnte, repräsentieren die 20 Projektregionen eine große Bandbreite an unterschiedlichen Lebensräumen in Deutschland. Viele der Empfehlungen und Erfolge lassen sich also übertragen. Um ein paar Elemente zu nennen, die Wirkung entfalten: Suchen Sie die Stärkung in Netzwerken – auch sollte die Verbindung und der Kontakt zu anderen Entscheidungsebenen und Funktionsträger*innen bedacht werden. Denn Rahmenbedingungen in der Kommunalpolitik lassen sich nicht ausschließlich auf der kommunalen Ebene lösen. Halten Sie Ausschau nach Vorbildern: Auf der Suche nach besseren Gestaltungsmöglichkeiten von Sitzungszeiten und -dauer, Umgangsformen im Rat oder Parteien oder flexibleren Vereinbarkeitslösungen wie hybride Sitzungen kann man von Best Practice-Modellen in anderen Regionen lernen. In den Kommunen ist die Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten unheimlich wichtig. Sie sind wichtige

gramm konnten sie all diese Aspekte einbringen und zeigen vor allem auch, welche Wirkung starke Frauen-Netzwerke haben und wie bereichernd der Rückhalt unter Frauen ist.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Im Aktionsprogramm wurden mit maßgeblicher Unterstützung der LandFrauen 20 Regionen in Deutschland begleitet und mit Beratung, Workshops und überparteilichem Mentoring-Programm unterstützt. Die Ergebnisse vor Ort können sich sehen lassen. Was hat die Zusammenarbeit der verschiedenen Projektpartner aus Ihrer Sicht besonders gemacht?*

PETRA BENTKÄMPER: Die Stärkung von Frauen in der Politik ist immer noch eine Mammutaufgabe. Umso wichtiger ist ein gemeinsamer Wunsch nach Veränderung. Die Zusammenarbeit im Aktionsprogramm zeichnete sich besonders durch die Verlässlichkeit der Mitwirkenden aus und die Möglichkeit der Arbeitsteilung und der Verteilung von Verantwortung auf mehrere Schultern. LandFrauen



» LandFrauen sind seit jeher „Brückenbauerinnen“ in vielen Bereichen und sie verkörpern Power – ohne dabei Männer auszuklammern.«

Petra Bentkämper
Präsidentin des Deutschen
LandFrauenverband e. V. (dlv)

Ankerpunkte und Multiplikator*innen in diesem Prozess. Auch die Schaffung von Räumen der Begegnung und des Austausches vor Ort spielen eine zentrale Rolle. Von politischen Veranstaltungen bis hin zu thematischen Filmabenden bringen sie politisch interessierte und aktive Menschen zusammen. In diesen Räumen kann man miteinander diskutieren, neues Lernen, Mut zur Übernahme eines politischen Amtes fassen und ganz praktisch leben, was unsere Demokratie ausmacht.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Nachwuchsgewinnung ist sicherlich auch ein wesentlicher Teil der LandFrauen-Arbeit. Welche Erfahrungen konnten die LandFrauen in das „Aktionsprogramm“ einbringen. Wie kann es gelingen, junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen?*

PETRA BENTKÄMPER: Der dlv hat sich damit intensiv auseinandergesetzt. Eine große Rolle

bei der Nachwuchsförderung spielen eine gute Willkommenskultur und die Offenheit gegenüber Veränderungen, die neue Mitglieder mit sich bringen. Neumitglieder oder Interessierte zu integrieren, bedeutet nicht, sie gleich für Vorstandsämter zu „verhaften“. Neben dem Wunsch, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist in jeder Vereinigung – ob Verein, Partei oder Verband –, die Gemeinschaft, die gemeinsamen Erlebnisse und Erfahrungen, das zentrale Bindeglied. Durch gemeinsame Aktivitäten merken die jungen Frauen, was sie bewegen und gestalten können. Ihr Handeln ist für sie persönlich, aber eben auch gesamtgesellschaftlich für Familien, Umwelt, Klima und Bildung förderlich. Zusammenfassend kann man sagen: auch wenn ehrenamtliches Engagement manchmal viel von uns abverlangt, es darf auch Freude bereiten. Und das gilt auch für die Politik!

» ... auch wenn ehrenamtliches Engagement manchmal viel von uns abverlangt, es darf auch Freude bereiten. Und das gilt auch für die Politik!«

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Was ist Ihr Resümee zum Aktionsprogramm? Wo müssen wir als Gesellschaft weiter ansetzen, um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen?

PETRA BENTKÄMPER: Gesellschaftliche bzw. politische Veränderungen sind Aushandlungsprozesse. Deswegen brauchen wir als Fundament allen Handelns etwas, was für eine funktionierende Demokratie unerlässlich ist: eine gute Streitkultur! Wir brauchen die Auseinandersetzung miteinander und der Umgang muss von Respekt geprägt sein. Auch schadet es nicht, anstatt zu jammern, einfach mal zu machen. Und wir brauchen mutige Männer, die sich zu gemischten Teams bekennen und sich dafür stark machen, Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Welche Schlagzeile würden Sie demnächst gerne über Frauen in der Kommunalpolitik in den Tageszeitungen lesen?

PETRA BENTKÄMPER: Unaufhaltsam Richtung Parität – Aktionsprogramm Kommune hat den Stein ins Rollen gebracht. ■

Anzeige


YUPANOULDE



Mobiles Grün auch für Ihre Stadt

Simontrees gestaltet urbane Lebensqualität durch smarte, innovative und portable Begrünungsmodule neu. Diese Module, so groß wie ein Autoparkplatz, bieten eine Fülle von Möglichkeiten für zusätzliche Begrünung und unterstützt Sie bei der Umsetzung der Verkehrswende.

Fragen Sie jetzt an unter:
info@simontrees.com

Wir beraten Sie gerne!

SIMONTREES in Offenburg

SIMONTREES GmbH | Alte Landstraße 12 | 77749 Hohberg | www.simontrees.com



MEHR SICHTBARKEIT FÜR FRAUEN IN DER POLITIK

MIT SOCIAL MEDIA GEGEN DAS UNGLEICHGEWICHT

Die Politik in Deutschland ist nach wie vor stark männerdominiert. Bei politischen Veranstaltungen oder Netzwerktreffen vor Ort sieht man häufig ein überwiegend männliches Publikum, oft auch mit einer älteren Altersstruktur. Frauen sind in diesen Kreisen deutlich in der Minderheit. Das zeigt sich auch im Bundestag, wo der Frauenanteil lediglich bei 35,2 Prozent liegt.

Umso wichtiger ist es den Gründerinnen der Social-Media-Beratungsagentur mecoa, Frauen in der Politik zu zeigen, wie sie unter anderem auch mit Instagram und TikTok ihre Sichtbarkeit erhöhen können. Besonders dann, wenn Frauen zunächst auf kommunaler Ebene in die Politik einsteigen, bietet Social Media eine wertvolle Möglichkeit, sich sowohl innerhalb der Partei als auch in offiziellen und inoffiziellen Kreisen zu vernetzen und sichtbar zu machen.

FÜR MEHR SICHTBARKEIT: SOCIAL MEDIA IST EINE RIESIGE BÜHNE

Giulia Fioriti und Nina Scavello, die Gründerinnen von mecoa wissen, dass es für Frauen, insbesondere wenn sie Familie

haben, oft schwieriger ist, sich zu vernetzen. Sie haben oft nicht die zeitlichen Kapazitäten, nach einer Sitzung noch auf ein Feierabendgetränk auszugehen oder sich in der Kneipe mit anderen Sitzungsteilnehmern auszutauschen. Leider finden diese Treffen nach wie vor hauptsächlich unter Männern statt. Social Media hingegen ist eine riesige Bühne, auf der Politiker*innen jederzeit und von überall aus sichtbar sein können. Aus diesem Grund sollten Frauen diese Plattformen noch stärker nutzen und einen überzeugenden Auftritt aufbauen, um das beschriebene Ungleichgewicht auszugleichen.

SELBSTKRITIK UND ZWEIFEL AUSTRÄUMEN

Damit ein reichweitenstarker Auftritt gelingt, hat mecoa drei Tipps. Der erste Tipp ist dabei ganz einfach: Traut euch! Frauen sind oft besonders selbstkritisch und haben Zweifel – sei es, weil sie sich vor der Kamera unwohl fühlen, ihr Outfit nicht mögen oder ihr Haar nicht perfekt sitzt. Aber die Realität ist: Wer in der Politik erfolgreich sein will, muss sichtbar werden und sich auch gegen die männliche Konkurrenz behaupten. Es führt kein Weg daran vorbei, Gesicht zu zeigen, ob auf Wahlplakaten oder im Videoformat.

Kommunalpolitikerin Babette van Lengerich, eine Teilnehmerin des sechsmonatigen Social-Media-Online-Programms „Politik Akademie“ von mecoa, hat sich getraut und wurde dafür belohnt. In einem ihrer neuesten TikTok-Videos erreichte sie beeindruckende 20.000 Views und zahlreiche Interaktionen. Ihre Erfolgsfaktoren: Sie zeigt sich an einem bekannten lokalen Ort, spricht über ihre persönliche Verbindung dazu, erklärt ihren Standpunkt über eine aktuelle öffentliche Debatte diesbezüglich und zeigt konkret, wie sie sich für die Lösung eines dortigen Problems einsetzt.

PERFEKTIONISMUS ABLEGEN



Damit kommen wir zu unserem zweiten Punkt: Perfektionismus ablegen. Natürlich gibt es auch unter Männern Perfektionisten, doch Frauen neigen oft dazu, diesen Anspruch im Übermaß in sich zu tragen. Gerade bei einer Social-Media-Präsenz ist das jedoch oft hinderlich. Es kostet zu viel

Zeit, jedes Reel zwanzig Mal zu drehen und immer wieder zu löschen, nur weil ein kleines Detail der Mimik nicht passt. Vor allem auf Plattformen wie Instagram und TikTok, wo es darauf ankommt, Inhalte in hoher Frequenz zu veröffentlichen, ist Perfektionismus kontraproduktiv. Viel wichtiger als makellose Videos ist die Authentizität, die vor allem von jüngeren Zielgruppen geschätzt wird.



Diese Hürde hat auch Sandra Schoch, Kundin von mecoa, überwunden. In einem Podcast mit den Gründerinnen erzählt sie, wie es ihr gelungen ist, ihren Perfektionismus beim Drehen von Reels nach und nach abzulegen. Sandra Schoch, Abgeordnete in Österreich, wurde aufgrund ihrer rauen, dunklen Stimme in einem lokalen Magazin fälschlicherweise als Domina bezeichnet. Doch statt sich davon entmutigen zu lassen, nutzte sie ihre Reichweite auf Instagram, um einen Aufruf an Frauen zu starten und sich erfolgreich gegen den Shitstorm zu wehren.



GEGENSEITIG UNTERSTÜTZEN

Den dritten und letzten Punkt möchte Co-Gründerin Giulia Fioriti Frauen besonders ans Herz legen: *„Wir alle kennen den Hashtag ‚Girls support Girls‘. Unterstützt andere Frauen in der Politik, die auf Social Media ihre politischen Überzeugungen teilen! Liket ihre Beiträge, kommentiert und teilt vielleicht auch deren Storys.“*

Frauen sollten solidarisch zusammenstehen, statt ständig die Ellenbogen gegeneinander auszufahren. Ein starkes Netzwerk und gegenseitige Unterstützung sind entscheidend, um langfristig erfolgreich zu sein.

Abschließend lässt sich sagen: Bei all diesen Tipps ist vor allem eines entscheidend – das Aneignen von Expertenwissen. Es ist notwendig sich die richtigen Werkzeuge an die Hand geben zu lassen, um nachhaltig mit Social Media erfolgreich zu sein.

Genau hier setzt die sechsmontatige „Politik Akademie“ von mecoa an. Im Onlinekurs lernen die Teilnehmer*innen in zahlreichen Modulen alles von Positionierung und Themenfindung bis hin zu Social Media Werbeanzeigen. Zusätzlich gibt es wertvolle Materialien wie Contentpläne und Grafikvorlagen, die den Einstieg erleichtern. Ein besonderer Vorteil: Die Gründerinnen stehen rund um die Uhr zur Verfügung, und in zweiwöchentlichen Calls können sich die Teilnehmerinnen untereinander vernetzen und von thematischen Schwerpunkten profitieren. ■

Strategiegespräch
[HTTPS://POLITIK.MECOA.DE](https://politik.mecoa.de)



» In Deutschland bleibt die Politik stark männerdominiert, was sich sowohl in den Zahlen als auch im Alltag widerspiegelt. Erfahren Sie, wie Frauen durch Instagram und TikTok neue Wege finden, um ihre Stimmen zu erheben und das Ungleichgewicht in der politischen Landschaft zu verändern.«

Giulia Fioriti und Nina Scavello, die Gründerinnen der Social-Media-Beratungsagentur mecoa





Bürgermeisterin -
ein Job für Frauen mit
Durchblick

#Bürgermeisterin?
ICH MACH DAS!

www.buergermeisterin.de



FÜR MEHR FRAUEN AN DEN RATHAUSSPITZEN

KAMPAGNE „BÜRGERMEISTERIN? – ICH MACH DAS!“

Franziska Freihart | Städtetag Baden-Württemberg

Frauen sind an der Spitze von deutschen Rathäusern als Oberbürgermeisterinnen oder Bürgermeisterinnen stark unterrepräsentiert. Deutschlandweit wird nur jedes 11. Rathaus von einer Frau geleitet. In Baden-Württemberg ist es sogar nur jedes 12. Rathaus. Dabei ist mehr als die Hälfte der Bürgerschaft weiblich.

Der Städtetag Baden-Württemberg hat darum mit der finanziellen Unterstützung des Innenministeriums Baden-Württemberg eine Kampagne initiiert, um mehr Frauen für das Amt zu interessieren. Mit der Kampagne möchte der Städtetag Frauen ermutigen, den Schritt zur Kandidatur als Bürgermeisterin oder in andere kommunale Führungspositionen zu wagen. Eine Internetseite bietet grundlegende Informationen zum Amt und zeigt spannende Porträts von Frauen, die den Sprung bereits geschafft haben oder in einem anderen politischen Amt tätig sind.

Insgesamt sechs Frauen wurden seit Startschuss der Kampagne im März 2024 in ihrem Alltag begleitet. In allen sechs Porträts beschreiben die Frauen, wie vielseitig dieses Amt ist und welche Gestaltungsmöglichkeiten es gibt. Selbstverständlich werden nicht nur die rosigen Zeiten aufgezeigt, was den Projektverantwortlichen auch extrem wichtig ist. Denn dieses Amt bringt auch Herausforderungen mit sich, die nicht zu unterschätzen sind.



Die Kampagne wird vom Städtetag Baden-Württemberg als ein erster Baustein gesehen, auf den an anderen Stellen weitere folgen müssen beispielsweise mit Blick auf die Attraktivität des Amtes.

Bis Ende des Jahres sind noch weitere Portraits sowie Erklärungsfilme geplant. ■

#Bürgermeisterin?
ICH MACH DAS!

Weiterführende Links

Internetauftritt <https://buergermeisterin.de>

Instagram www.instagram.com

LinkedIn <https://de.linkedin.com>

Bericht zur
Kampagne
WWW.STAATS-
ANZEIGER.DE



„BILDERMÄCHTIG“ UND „GENDERLEICHT“ JOURNALISTINNENBUND FÜR QUALITÄTSSVOLLE BERICHTERSTATTUNG

Sissi Pitzer und Christine Olderdissen | Journalistinnenbund

„Feministisch, vielfältig, engagiert“ – unter diesem Motto setzt sich der *Journalistinnenbund e. V.* (jb) seit über 35 Jahren für Frauen in den Medien und für Qualitätsjournalismus ein. Dabei geht es nicht nur um mehr Führungsfrauen in den Redaktionen, sondern auch um den journalistischen Nachwuchs (mit einem eigenen Mentoring-Programm) und um die Verbesserung der oft prekären Situation freier Journalistinnen. Außerdem vergibt der jb jährlich drei *Preise für herausragenden Journalismus* an engagierte Kolleginnen.

Mit zwei großen Projekten, die vom Bundesfrauenministerium (BMFSFJ) gefördert wurden, hat der jb in den vergan-

gen Jahren in der Branche für Aufmerksamkeit gesorgt:

„GENDERLEICHT“

Mit *„Genderleicht“* wurde eine Plattform geschaffen, um Medienschaffenden Handwerkszeug für gendersensible und damit qualitätsvolle Berichterstattung bereitzustellen. Denn verantwortungsvoller Journalismus soll Frauen, wie überhaupt alle Geschlechter und damit die menschliche Vielfalt, sprachlich gerecht darstellen. Dabei geht es um verträgliches Gendern, ohne allzu viele Sternchen. Auch für Behörden finden sich viele gut umsetzbare Anregungen.



Entstanden ist daraus ein Buch, geedelt im Duden-Verlag:

Christine Olderdissen: Genderleicht. Wie Sprache für alle elegant gelingt“, Dudenverlag, Berlin

2021. Die Autorin, jbb-Mitglied und Projektleiterin, ist hierzu mit Vorträgen, Seminaren und Coaching im In- und deutschsprachigen Ausland unterwegs.

„BILDERMÄCHTIG“

Das Folgeprojekt „Bildermächtig“ befindet sich auf der Zielgeraden. Zwei Jahre lang hat sich ein Team, erneut rund um Projektleiterin Christine Olderdissen, mit der bildlichen Darstellung von Frauen in den Medien beschäftigt – ob in Zeitungen und Zeitschriften, im TV, auf Online-Plattformen oder in Social-Media-Kanälen.

Journalistische Bilder sind der Wahrhaftigkeit verpflichtet und prägen unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit. Noch immer stolpern wir in Medien jedoch über eine Bildsprache, die überkommene Rollenbilder, mitunter gar Sexismus zeigt und dem kulturellen Wandel, neuen Frauenrollen und der Diversität in Familie, Arbeitswelt und Gesellschaft nicht gerecht wird.

» *„Was wir bei unserem Vortreiben des Sprachwandels niemals aus den Augen verlieren sollten, sind die Regeln der Grammatik und die Liebe zur deutschen Sprache.“*

Christine Olderdissen

So spucken Bilddatenbanken beim Thema Krankenhaus klischeehafte Bilder mit einer geschminkten jungen Patientin und einem männlichen Arzt als aktivem Helfer aus. Nackte Beine unter einem Rock zwischen Anzughosen bebildern viele Beiträge zu Führungsfrauen, oder eine Bikini-Schönheit zielt die Urlaubsthemen. Bildkompositionen zeigen Männer im Vordergrund, und Frauen in aufschauenden Posen.

Der Instagram-Account [@bildermaechtig.de](https://www.instagram.com/bildermaechtig.de) macht mit zahlreichen Beispielen auf Klischeefallen bei der Bebilderung journalistischer Texte aufmerksam: In Politik, in Unternehmen und im Handwerk, in der Wissenschaft und im Sport, bei Frauen im Alter oder als Mutter, bei Tabu-Themen wie Menstruation, Behinderung, Abtreibung oder Gewalt gegen Frauen.

Die Journalistinnen zeigen dort auch, wie eine zeitgemäße Bildsprache Frauen facettenreich und auf Augenhöhe abbilden kann. Und welche Bandbreite es gibt, um die gesellschaftliche Vielfalt zu zeigen – geschlechtliche Identität, Hautfarbe und Herkunft, Alter, Behinderung, Religionszugehörigkeit. Im [Blog zu Bildermächtig](#) sind Bilderkritiken und frische Bildimpulse zur Vertiefung nachlesbar.



SPiEGEL, Wirtschaft

Gleichberechtigung

EU besiegelt Frauenquote für Aufsichtsräte

Die EU-Staaten haben sich auf eine europaweite Frauenquote für börsennotierte Unternehmen geeinigt. Das Ziel: Bis Ende 2026 sollen Frauen 40 Prozent der Aufsichtsräte ausmachen.

17.10.2022, 13:41 Uhr

🗨️ 📌 🐦 📘 ✉️ 🔗

Unternehmensvorstände (Symbolbild): Bis Ende 2026 mindestens 40 Prozent Foto: Oliver Berg / dpa

FRAUEN IN POLITIK UND UNTERNEHMEN

Die Beispiele, die Bildermächtig für Frauen in der Politik und in der Wirtschaft gefunden und neu umgesetzt hat, lassen sich besonders gut auch auf die kommunale Ebene beziehen. Denn ob Bürgermeisterin oder Außenministerin, weibliche CEO eines globalen Unternehmens oder Leiterin der Stadtwerke – der klischeehafte Blick ist überall der gleiche.

Wie sollen wir uns eine Frau in einer Führungsposition vorstellen? Immer nur mit Rock und Pumps? Mit abgeschnittenem Kopf über Akten gebeugt? Oder gesichtslos am Bürofenster in die Ferne schauend? Mit derart stereotypen Fotos bebildern Medien ihre Berichterstattung über Frauen in Chefetagen. „Wir haben das einfach zu oft gesehen“, beschwert sich Anja Seng, Präsidentin beim Verein „Frauen in die Aufsichtsräte“ (FidAR). Solche Fotos sind auch sexistisch, sagt Anja Seng, „weil hier das nackte Bein ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt wird. Bei Männern sieht man auf diesen Bildern deutlich neutraler nur den Stoff der Hose“.

Auch der jB ärgert sich über Pumps neben eleganten Männerschuhen. Das Narrativ hat sich ikonografisch festgesetzt: Hier geht es um die Frauen in den männlich dominierten Führungsetagen der Wirtschaft. Der Spiegel hat 2022 ein sol-

ches Foto der dpa gedruckt, um das Thema Frauenquote in den Aufsichtsräten zu illustrieren. Es wurde seither über 140 Mal in vielen anderen Publikationen verwendet ...

Zu jung, sehr schlank und überdurchschnittlich attraktiv, das ist ein weiterer Kritikpunkt an den inszenierten Chefinnen-Fotos in Bilddatenbanken. Die Wirklichkeit sieht anders aus, denn der Altersdurchschnitt von Spitzenfrauen in den Vorständen börsennotierter Unternehmen liegt bei 54,5 Jahren.

Für eine eigene *Fotostrecke zu Führungsfrauen* haben sich die Kolleginnen bei „Bildermächtig“ deshalb Schauspielerinnen als Models gesucht, die altersmäßig besser ins Bild passen und die auch die Forderung nach erkennbarer Diversität erfüllen: Ilknur Boyraz hat türkische, Chun Mei Tan chinesische Wurzeln, graue Haare inklusive. Solche Bilder haben Seltenheitswert in den üblichen Bilddatenbanken.

Ebenfalls selten dargestellt wird das, was das Berufsleben von Führungsfrauen ausmacht: Ein voller Schreibtisch, Besprechungen mit vielen Menschen, Auftritte auf der Bühne. Gerade Reden auf Konferenzen sind bestens geeignet, sehenswerte Fotos von Führungsfrauen zu erhalten. Hier zeigen sie Haltung, hier haben sie Vieles zu sagen. An Reporter und Fotografinnen gerichtet daher die Aufforderung: Fotografiert gefälligst nicht nur ihre Beine! ■

GESTALTEN.LEITEN.MACHEN. BÜRGERMEISTERIN!

3. Frauenkongress kommunal kommunal in Magdeburg

- **Frauen.Macht.Kommunalpolitik.**
- **Nur 13,5 Prozent Bürgermeisterinnen in Deutschland**
- **Mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Politik wagen – Demokratien widerstandsfähiger ausgestalten**

Nach neuen Schätzungen, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) in Kooperation mit Simon Stocker (Universität Stuttgart) heute erstmals veröffentlicht, beläuft sich der Anteil der Bürgermeisterinnen in Deutschland aktuell auf 13,5 Prozent. Das ist eindeutig zu wenig. „Wir als Gesellschaft dürfen es uns nicht länger leisten, in der lokalen Politik eine Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nicht ausreichend zu berücksichtigen. Wir verzichten derzeit auf viele kluge Köpfe. Und wir können es uns nicht leisten, 50 Prozent der Bevölkerung nicht entsprechend im politischen Prozess abzubilden“, unterstrich **DStGB-Vizepräsident Bernward Küper** heute anlässlich des 3. DStGB-Frauenkongress kommunal in Magdeburg.

„Frauen in der Kommunalpolitik bringen eine Vielfalt an Perspektiven und Ideen ein, die entscheidend sind für eine ganzheitliche und gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft“, so **Ramona Schumann**, Bürgermeisterin von Pattensen und Vorsitzende des DStGB-Arbeitskreises für Frauen in Kommunen und Kommunalpolitik: „Eine geschlechtergerechte Verteilung von Führungspositionen in der Politik hat demokratiestützende Wirkung. Wir alle sind aber noch stärker in der Verantwortung, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.“

Kommunale Führungsverantwortung ist mit einem hohen Maß an persönlichem Einsatz und zeitlichem Aufwand verbunden. „Die Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement zu verbessern“, so **Schumann** und **Küper**, „ist für alle kommunalpoli-

tisch Engagierten heute und alle künftigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unabhängig vom Geschlecht ein Gewinn.“ Dazu zählen bessere familienfreundlichere Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik, mehr Absicherung auch im Ehrenamt, eine sach- und ergebnisorientiertere Gesprächskultur, mehr Respekt im Umgang miteinander, mehr Mut im Kampf gegen Sexismus, mehr Engagement beim Schutz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern vor Hass Hetze und Gewalt. „Das Amt der Bürgermeisterin und des Bürgermeisters muss attraktiv und sicher sein“, unterstrich **Küper**. Nicht zuletzt fallen darunter auch mehr Gestaltungs- und finanzielle Handlungsspielräume.

Um den Anteil an Frauen in kommunalpolitischer Führungsverantwortung zu steigern ist neben den vielen einzelnen Maßnahmen auch eine breite öffentliche Mobilisierung notwendig: Die vielen Maßnahmen müssen flankiert werden von Initiativen und Kampagnen – über Parteigrenzen und Professionen hinweg – die für eine breite öffentliche Sensibilisierung für das Thema Geschlechterparität sorgen.

„Unsere Demokratie lebt von unserem Miteinander und breiter gesellschaftlicher Teilhabe. Ihre Widerstandsfähigkeit zieht sie daraus von vielen getragen zu werden unter anderem, in dem sie sensibel die Bedürfnisse der Geschlechter berücksichtigt. Dies gelingt nach wie vor auf keiner politischen Ebene nachhaltig und bedarf einem Mehr an Unterstützung. Die Städte und Gemeinden erwarten hier gemeinsame Anstrengungen durch Kampagnen, Projekte, Initiativen zu verbesserten Rahmenbedingungen sowie überparteiliche Programme mit Ländern und Bund“, so **Ramona Schumann** abschließend.

Weitere Details zum Hintergrund der Erhebungen finden sich auf der Homepage www.dstgb.de (Rubrik Aktuelles & Pressemitteilungen).

Helene Weber-Preis 2024



VONEINANDER LERNEN, GEMEINSAM WACHSEN NETZWERK DER HELENE WEBER-PREISTRÄGERINNEN



helene weber
KOLLEG

Kristina Heller und Elena Maier | EAF Berlin

Nicht nur die Ausrichtung der Feierlichkeiten des Tages der Deutschen Einheit war ein Highlight unter den jüngsten Ereignissen in der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern Schwerin – Anfang September hieß die Stadt, genauer gesagt Stadtvertreterin und Helene Weber-Preisträgerin 2020 Silvia Rabethge (CDU) Kommunalpolitikerinnen aus ganz Deutschland willkommen. Die Politikerinnen trafen sich hier zum jährlichen Netzwerktreffen der Helene Weber-Preisträgerinnen.

AUSZEICHNUNG FÜR KOMMUNALPOLITIKERINNEN

Seit 2009 verleiht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Preis an herausragende Kommunalpolitikerinnen aus ganz Deutschland. Er ist der einzige,

» *Wir Preisträgerinnen tauschen uns aus unterschiedlichen Perspektiven mit viel Expertise zu allen Bereichen der Kommunalpolitik gewinnbringend aus, stärken uns gegenseitig und unterstützen sowohl in Deutschland als auch im Ausland Frauen, die in führenden politischen Positionen Verantwortung übernehmen oder übernehmen möchten.*«

bundesweite und parteiübergreifende Preis für Kommunalpolitikerinnen. Viele der Preisträgerinnen haben heute Mandate und Ämter in der Landes- und Bundespolitik oder führen Rathäuser. Die bisher 80 Preisträgerinnen des Helene Weber-Preises bilden ein aktives Netzwerk und setzen sich dafür ein, Frauen in ihrer Vielfalt für die Kommunalpolitik zu gewinnen.

PARTEIÜBERGREIFEND ZUSAMMENARBEITEN UND PROFITIEREN

Immer wieder betonen die Frauen, dass der größte Gewinn der Auszeichnung das Netzwerk und der inspirierende Kontakt zu (Kommunal-)Politikerinnen aller Parteien, Generationen und aus dem gesamten Bundesgebiet sei. So auch Annkathrin Wulff, Stadträtin in



Pforzheim, Preisträgerin 2020 und stellvertretende Sprecherin des Netzwerks:

„Wir Preisträgerinnen tauschen uns aus unterschiedlichen Perspektiven mit viel Expertise zu allen Bereichen der Kommunalpolitik gewinnbringend aus, stärken uns gegenseitig und unterstützen sowohl in Deutschland als auch im Ausland Frauen, die in führenden politischen Positionen Verantwortung übernehmen oder übernehmen möchten.“

Überparteiliche Frauennetzwerke beweisen sich in der Erfahrung der EAF Berlin immer wieder als wichtiges Werkzeug, um Frauen in der Politik zu stärken. Sie bieten eine Plattform zum Austausch von Wissen, zur gegenseitigen Unterstützung und zur strategischen Vernetzung. Durch diese Netzwerke können Frauen nicht nur ihre politischen Karrieren voranbringen, sondern auch gemeinsam an Lösungen arbeiten, um strukturelle Barrieren zu überwinden.

VONEINANDER LERNEN VOR ORT

Es ist zur Tradition geworden, dass eine Preisträgerin Gastgeberin des jährlich stattfindenden Treffens des Helene Weber-Netzwerks wird und in ihre Kommune einlädt. Die persönlichen Treffen vor Ort an den Wirkungsstätten der ausgezeichneten Kommunalpolitikerinnen sind das Jahreshighlight unter den verschiedenen Austausch-, Bildungs- und Vernetzungsformaten, die den Helene Weber-Preisträ-

gerinnen durch die Begleitung der EAF Berlin das gesamte Jahr über offenstehen.

KOMMUNALPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN UND BEST PRACTICES AUSTAUSCHEN

Die Netzwerktreffen sind eine wertvolle Gelegenheit, erfolgreiche kommunalpolitische Ansätze vorzustellen und die Schauplätze vor Ort zu besichtigen. Die Gastgeberinnen sind Expertinnen für ihre Kommunen und jede Straßenecke bietet Anlass, Anekdoten und Hintergründe aus der örtlichen Politik untereinander zu teilen. In der Vergangenheit waren die Preisträgerinnen bereits bei Kreistagsmitglied Ingrid Dziuba-Busch (CDU, Preisträgerin 2009) in Lüneburg und bei Stadträtin Lena-Christin Schwelling (B'90/Die Grünen, Preisträgerin 2020) in Ulm zu Gast. Jedes Mal steht dabei ein bestimmtes kommunalpolitisches Thema im Fokus.

Für Silvia Rabethge war der Besuch der Preisträgerinnen eine große Ehre und Freude – und das nicht nur, weil sie die Schönheit ihrer Heimatstadt präsentieren konnte, sondern auch kommunalpolitische Herausforderungen und Besonderheiten sowie mit dem Welterbe Förderverein auch ein Beispiel für das ehrenamtliche Engagement in der Stadt. Die Preisträgerinnen brachten sich lebhaft mit frischen Ideen aus ihrer eigenen kommunalpolitischen Arbeit ein. Silvia Rabethge nimmt daraus neue Impulse mit und betont ab-



schließlich: „Ich fand es auch wichtig, dass Preisträgerinnen aus ganz Deutschland eine ostdeutsche Landeshauptstadt kennenlernen konnten, und wie ich hörte, waren sie begeistert von meiner Heimatstadt.“

STADTENTWICKLUNG ZWISCHEN INDUSTRIE-CHARME UND RENAISSANCE

Am Beispiel Schwerin lässt sich eindrucksvoll veranschaulichen, wie Stadtgeschichte, Kultur und Stadtentwicklung Hand in Hand gehen und immer wieder neue Chancen und Herausforderungen mit sich bringen. Mit dem Residenzenensemble auf der einen und den Entwicklungsideen für das Kraftfahrzeuginstandsetzungswerk (KIW)-Vorwärts auf der anderen Seite, wurde mit zwei Beispielen die ganze Spannweite von Prunk bis Leerstand mit Industrie-Charme und verschiedenen Epochen in der Schweriner Stadtgeschichte aufgemacht, die unterschiedlicher nicht sein könnten.

Das KIW-Vorwärts in der Schweriner Weststadt war das größte Kraftfahrzeuginstandhaltungswerk in der DDR. Vor allem LKW-Nutzfahrzeuge wurden hier überholt, ebenso wie LKW und PKW von Privatpersonen. Vor der Abwicklung 1990 hatte der Betrieb mehr als 800 Beschäftigte; seitdem steht das Gelände leer. Mit Andreas Thiele, dem Fachdienstleiter für Stadtentwicklung und Wirtschaft der Stadt Schwerin, erörterten die Kommunalpolitikerinnen im Rahmen einer Führung durch die gigantischen leeren Hallen unter anderem, wie ehemals vorrangig industriell genutzte Flächen heute viel Potenzial für Wohnen, Kulturförderung und noch mehr entfalten können.

Das Schweriner Schloss rückte anschließend nicht nur als Ort der Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern in das Interesse der Kommunalpolitikerinnen. Am 27. Juli 2024 wurde das Schweriner Residenzenensemble mitsamt des Schweriner Schlosses offiziell zum UNESCO Weltkulturerbe gekürt. Ein großer Erfolg und tolles Beispiel für einen Kraftakt, der nur durch die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Politik möglich wurde. Als Unterstützer*innen der ersten Stunde führten Joachim Brenncke, Vorsitzender des Fördervereins Welterbe Schwerin e.V. und Silvia Rabethge als Gründungsmitglied des Vereins die Preisträgerinnen durch den gesamten Bewerbungsprozess. Das ohnehin anziehende Schloss mit Sitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern sowie die verschiedenen Elemente des Residenzensembles werden so hoffentlich weitere Tourist*innen nach Schwerin locken – auch das ist eine Chance, auf die sich die Stadt nun einstellen muss.

ZUSAMMENARBEIT ÜBER LANDESGRENZEN HINWEG

Neben fachlichem Austausch, spannenden Gesprächen und entspannten Zusammensein entstand bereits am Wochenende eine erste Synergie, die exemplarisch für die gegenseitige Bereicherung im Netzwerk steht: Ihre wertvollen Erfahrungen in der Organisation des Bürgerfestes anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit konnte die Gastgeberin direkt an ihre Netzwerkkollegin Christine Jung aus Saarbrücken weitergeben. Die Stadt wird die Gastgeberin des nächsten Bürgerfestes 2025 sein – und vielleicht auch des nächsten Netzwerktreffens? ■



Kristina Heller, Expert EAF Berlin und
Elena Maier, Expert Kommunikation EAF Berlin



HELENE WEBER-KOLLEG

Als erste deutschlandweite und parteiübergreifende Plattform für Kommunalpolitikerinnen bietet das Helene Weber-Kolleg (HWK) verschiedene Austausch- und Vernetzungsformate und ein Informationsangebot, um Frauen bei ihrem politischen Ein- und Aufstieg zu unterstützen. Mit dem Helene Weber-Preis werden Kommunalpolitikerinnen seit 2009 für ihr herausragendes Engagement vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ausgezeichnet. Das Helene Weber-Netzwerk stärkt und vernetzt die Preisträgerinnen. Das HWK wird seit 2011 vom BMFSFJ gefördert. Projektträgerin ist die EAF Berlin.



helene weber
KOLLEG

INTERVIEW



„WIR MÜSSEN STRUKTURELLE REFORMEN VORANTREIBEN“

Interview mit Cécile Weidhofer | EAF Berlin

Ein Gespräch mit Cécile Weidhofer, Director EAF Berlin, über bessere Rahmenbedingungen in der Kommunalpolitik, darüber, was sich strukturell ändern muss, damit mehr Frauen in die Politik gehen und was wir von unserem Nachbarn Frankreich lernen können.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Frau Weidhofer, Sie leiten seit 2018 das Helene Weber-Kolleg, die erste bundesweite Plattform für Kommunalpolitikerinnen. Im Jahr 2024 sind Frauen in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert. Wie blicken Sie auf die aktuelle Situation?

CÉCILE WEIDHOFER: Es erfüllt mich sowohl mit Frustration als auch mit Entschlossenheit. Frustration, weil viele Akteur*innen sich seit sehr vielen Jahren dafür einsetzen, die Situation von Frauen in der Politik zu verbessern. Es gibt Studien, zahlreiche Handlungsempfehlungen und Angebote, Paritätsgesetze wurden vorangetrieben – und doch sehen

wir ein Fortschritt im Schneckentempo. Strukturelle Barrieren und gesellschaftliche Normen hindern weiterhin viele Frauen daran, sich politisch zu engagieren und in Führungspositionen zu gelangen.

Gleichzeitig empfinde ich große Entschlossenheit. Ich sehe das Helene Weber-Kolleg und das Aktionsprogramm Kommune, zwei Projekte der EAF Berlin, die vom Bundesministerium für Familien, Senioren und Jugend gefördert werden, als wichtige Plattformen, die Frauen unterstützen und ermutigen, in die Kommunalpolitik zu gehen und zu bleiben. Ich glaube fest daran, dass Veränderung möglich ist, wenn wir



weiterhin gemeinsam für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der politischen Landschaft kämpfen. Wir müssen strukturelle Reformen vorantreiben, die die Teilhabe von Frauen an der Kommunalpolitik erleichtern. Ich bin ich überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wenn Sie mit einer Maßnahme beginnen dürften, welche wäre es?*

CÉCILE WEIDHOFER: Leider gibt es kein Geheimrezept. So vielschichtig die Hürden sind, so vielfältig müssen Lösungen sein. In den Kommunen ist es wichtig herauszufinden, wo die größten Hindernisse für die politische Teilhabe von Frauen liegen, und darauf basierend gezielte Strategien zu entwickeln. Die EAF Berlin unterstützt dabei, etwa mit Umfragen, wie zur Situation in der Kommunalpolitik in fünf Städten der Regionen Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen.

Doch es geht auch schneller: Gäbe es flächendeckend die Möglichkeit, digital an Ausschuss- und Ratssitzungen teilzunehmen, wäre es einfacher, politische Verpflichtungen und familiäre Aufgaben zu vereinbaren. Hybride Sitzungen bieten noch andere Vorteile. In ländlichen Regionen mit schwachen ÖPNV-Strukturen sind viele Menschen auf das Auto angewiesen – ein Problem für diejenigen, die nicht selbst fahren können oder dürfen. Die COVID-19-Pandemie hat die Wirksamkeit digitaler Arbeitsweisen in vielen Bereichen deutlich gemacht, und auch die Politik hat davon profitiert. Was lange Zeit als unmöglich galt, wurde plötzlich möglich – auch wenn die rechtlichen Voraussetzungen leider bis heute nicht in allen Bundesländern geschaffen wurden. Es ist eigentlich kaum zu fassen, dass es eine weltweite Pandemie gebraucht hat, um die Kommunalpolitik digitaler zu machen und damit näher an die Lebensrealität der Mandatsträgerinnen zu bringen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Welches Engagement wünschen Sie sich von den Parteien?*

CÉCILE WEIDHOFER: Es ist ein Widerspruch, dass Partei- und Bürger*innenlisten vor den Wahlen etwa für eine moderne Verwaltung und eine inklusive Gesellschaft werben, aber kaum bereit sind, ihre eigenen, häufig nicht

mehr zeitgemäßen Strukturen zu verändern. Es sei schwer, Frauen in ihrer Vielfalt für die Politik zu gewinnen, Kandidatinnen für das Bürgermeister*innenamt zu finden oder Nachwuchs für die kommunalen Vertretungen zu begeistern. Andererseits wird kaum Flexibilität ermöglicht oder innovative, vielleicht unkonventionelle Lösungen entwickelt.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Sie sind Co-Autorin der Studie „mit Kind in die Politik – Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt“. Warum war Ihnen das Thema so wichtig und was sind die Hauptkenntnisse?*

CÉCILE WEIDHOFER: Die Studie entstand im Rahmen des Helene Weber-Kollegs nach der COVID-19-Pandemie. Unser Ziel

war zu erörtern, was sich getan hat und gute Praktiken zu sammeln. Ich muss gestehen: Das war sehr mühsam. Nicht, weil es sie nicht gab, sondern weil vielen Kommunen sich oft gar nicht bewusst war, dass das, was sie tun, etwas Besonderes ist. Es gibt ja keinen "TÜV" für die Förderung der Vereinbarkeit in der Kommunalpolitik. Einige Kommunen waren beispielsweise überrascht, dass nicht überall die Kosten für die Kinderbetreuung während der Sitzungen übernommen werden. Dort, wo dies in eine Satzung verankert war, stellte sich nicht selten heraus, dass die Höhe der erstatteten Kosten nicht einmal dem Mindestlohn entsprach. Das zeigt deutlich, dass sich schon seit langer Zeit niemand mehr mit diesem Thema beschäftigt hatte.

Nach der Veröffentlichung der Studie hielten wir zahlreiche Vorträge und sensibilisierten Kommunen und Parteien dafür, worauf es ankommt: Betreuungskosten zu übernehmen, Begrenzung der Redezeiten, und weitere – teils unbürokratische – Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement. Es ist äußerst erfreulich, dass infolgedessen in einigen Kommunen tatsächlich Satzungen angepasst wurden und wichtige Diskussionen angestoßen werden konnten. Diese Entwicklungen zeigen: Das Bewusstsein für die Bedürfnisse von Mandatsträger*innen wächst und kleine, aber konkrete Schritte können einen großen Unterschied machen.



» *In Frankreich hat jedes Ratsmitglied hat bei Abwesenheit die Möglichkeit, ein anderes Ratsmitglied – und zwar nicht zwingend aus der eigenen Fraktion – zu bevollmächtigen, in seinem oder ihrem Namen abzustimmen. Eine Begründung ist nicht erforderlich. Diese Regelung zeigt, wie durch einfache, flexible Lösungen politische Teilhabe erleichtert werden kann.«*

Cécile Weidhofer
Director EAF Berlin

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Stichwort „Soziale Absicherung“. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie hier?*

CÉCILE WEIDHOFER: Problematischer ist, dass die soziale Absicherung von Kommunalpolitiker*innen oft lückenhaft ist und stark von deren individueller beruflicher Situation abhängt. Stichwort: Rentenversicherung. Es kann nicht sein, dass Menschen, die sich für uns vor Ort engagieren, im Rentenalter finanziell benachteiligt werden, weil sie über Jahre hinweg ehrenamtlich kommunalpolitisch tätig und nicht Vollzeit arbeiten konnten oder wollten.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind fehlende Regelungen für Elternzeit und Mutterschutz. Lediglich der Münchener Stadtrat hat dies auf der Agenda. Und es geht weiter: Kommunalpolitiker*innen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und in Elternzeit gehen, sehen oft, dass ihre Aufwandsentschädigung mit dem Elterngeld angerechnet wird. Dies kann dazu führen, dass sie über Monate hinweg keine finanzielle Entschädigung für ihre kommunalpolitische Arbeit erhalten.

Diese Beispiele verdeutlichen: Wenn Kommunalpolitik attraktiver werden soll, müssen viele Akteur*innen auf lokaler, Landes- und Bundesebene aktiv werden.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Sie haben zu Beginn des Interviews auf gute Beispiele aus Frankreich verwiesen. Gibt es weitere nachahmenswerte Ansätze aus der französischen Kommunalpolitik?*

CÉCILE WEIDHOFER: Die Maßnahmen, die ich mit Interesse verfolge, betreffen vor allem die Arbeitswelt. Besonders für junge Kommunalpolitiker*innen stellt sich die Frage nach dem „Danach“. Wer vor dem Mandat berufstätig war und nicht freigestellt wurde, muss sich mit dem Wiedereinstieg befassen. Obwohl sie wertvolle Erfahrungen sammeln – Krisenmanagement, Führung, Projektmanagement, Expertise in zahlreichen Themen –, erhalten Kommunalpolitiker*innen keine Arbeitszeugnisse. Um diese Expertise und Erfahrungen sichtbarer zu machen und ihren beruflichen Wiedereinstieg zu fördern, gibt es in Frankreich seit 2019 die Möglichkeit, ein Anerkennungsverfahren durchzulaufen. Durch die „Validation des acquis de l'expérience (VAE)“ können erworbene Kompetenzen bescheinigt werden. Damit können Kommunalpolitiker*innen Zugang zu Studiengängen oder Stellen erhalten, auch wenn sie vor dem Mandat in einem anderen

Bereich studiert, gearbeitet oder eine andere Ausbildung absolviert haben.

Außerdem werden die Rahmenbedingungen für die kommunalpolitische Arbeit, sowohl für Bürgermeister*innen als auch für lokale Mandatsträger*innen, zu einem nationalen Thema gemacht. Sowohl im Senat als auch in der Nationalversammlung wird intensiv über Maßnahmen diskutiert. Denn auch in Frankreich wird es zunehmend schwieriger, Menschen für kommunalpolitische Ämter zu gewinnen. Unter anderem wird die Einführung des Labels „Arbeitgeber, Partner der lokalen Demokratie“ [Label „Employeur partenaire de la démocratie“] für Unternehmen, die kommunale Mandatsträger beschäftigen, erörtert. Unternehmen, die dieses Label besitzen, könnten im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen bevorzugt werden und Anspruch auf Steuerergünstigungen erhalten. Es bleibt spannend zu sehen, ob diese Maßnahme verabschiedet wird und welche tatsächlichen Auswirkungen sie haben wird.

Ob in Frankreich oder in Deutschland: Wir brauchen neue Rahmenbedingungen für die Ausübung lokaler Mandate, um politisches Engagement attraktiver zu gestalten und den Zugang zu kommunalen Ämtern für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu erleichtern. Gleichzeitig benötigen wir Menschen aus der Politik, der Zivilgesellschaft und den Verbänden, die bereit sind, diese Veränderungen aktiv voranzutreiben. ■





MEHR RESPEKT BITTE

EIN WEG ZUR STÄRKUNG DER KOMMUNALPOLITIK

Vanessa Zohm | Körber-Stiftung



In vielen kommunalen Räten leidet das Debattenklima unter einer polarisierten Gesprächskultur. Das erschwert sachbezogene Entscheidungsfindungen und schreckt zudem ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement ab. Ein Kodex kann helfen, gegen zu steuern.

ZUNEHMENDE HÄRTE IN DEN DEBATTEN SCHRECKT AB

Die Gesprächskultur ist nicht nur in der Gesellschaft rauer geworden, auch in den Räten hat in den letzten Jahren ein vermehrt respektloser Umgang untereinander Einzug gehalten. Diese Entwicklung hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Atmosphäre und die Effektivität der kommunalpolitischen Arbeit, sondern auch langfristige Konsequenzen für die Bereitschaft von Menschen, sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Die zunehmende Härte in den Debatten, der teilweise respektlose Umgangston und persönliche Angriffe schrecken potenzielle



» Die zunehmende Härte in den Debatten, der teilweise respektlose Umgangston und persönliche Angriffe schrecken potenzielle ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker ab.«

Vanessa Zohm
Programm-Managerin
Körber-Stiftung

ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker ab. Sie befürchten, in einem solchen Klima nicht konstruktiv arbeiten zu können und wollen sich persönlichen Beleidigungen und Herabsetzungen nicht aussetzen. In einer für die Körber-Stiftung durchgeführten repräsentativen Umfrage gaben 21 Prozent der befragten Personen als Hinderungsgrund für ein kommunalpolitisches Engagement an, sie befürchten Hass und Hetze in kommunalen Gremien, 18 Prozent nannten den rohen Ton als Grund. Insbesondere Frauen schreckt diese Aussicht davon ab, sich zu engagieren.

KODEX FÜR EINE BESSERE GESPRÄCHSKULTUR

Vor diesem Hintergrund hat die Körber-Stiftung mit Unterstützung des Schultz von Thun Instituts für Kommunikation in Hamburg das Projekt "Respekt im Rat" gestartet, um hier ein systematisch erarbeitetes Angebot für Kommunen zu entwickeln. Durch Workshops und Beratungen unterstützt die Körber-Stiftung die



kommunalen Gremien bei der Erarbeitung und Einführung eines Kodex für eine bessere Gesprächskultur. Der Prozess umfasst die Analyse der bestehenden Gesprächskultur auf der Basis einer anonymen Befragung aller Ratsmitglieder und die Entwicklung eines maßgeschneiderten Kodex unter Einbeziehung aller Fraktionen.

Was sind die Vorteile eines solchen Kodex' für den Rat? Der Kodex bietet der Versammlungsleitung unterhalb der hohen Schwelle des Ordnungsrufes ein Instrument zur Thematisierung von Verhaltensregeln, auf das sich der Rat verständigt hat. Auf den Kodex können Ratsmitglieder jederzeit im Bedarfsfalle Bezug nehmen, um die Regeln der verabredeten Gesprächskultur in Erinnerung zu rufen. Der Kodex kann am Anfang einer Legislaturperiode der Geschäftsordnung beigefügt werden. Als Aufsteller im Saal kann er die Werte und Normen sichtbar machen oder per QR-Code die Einladungen zu Ausschuss- oder Ratssitzungen zieren. Zudem sendet er nach draußen in die Bevölkerung das Signal, dass der Rat seine Vorbildfunktion für den gesellschaftlichen Diskurs ernst nimmt.

Mit dem Projekt "Respekt im Rat" wendet sich die Körber-Stiftung derzeit schwerpunktmäßig an Räte im Bundesland Schleswig-Holstein, um dort vor Ort Workshops bedarfsorientiert durchzuführen. Aber auch interessierten Räten aus den übrigen Bundesländern werden Beratung, Anleitung und Materialien angeboten, um die Erarbeitung eines Kodex zu ermöglichen und von bisherigen Erfahrungen zu profitieren. Ziel ist, mit dem Projekt "Respekt im Rat" einen Rahmen zu schaffen, der den gegenseitigen Respekt fördert, die sachliche Auseinandersetzung unterstützt und damit die Qualität der politischen Arbeit insgesamt verbessert. ■

Download des Muster-Kodex



Weiterführende Links

Broschüre „Mehr Respekt bitte“
<https://koerber-stiftung.de>

Mehr Infos
<https://respekt-im-rat.de/>

Download Muster-Kodex
respekt-im-rat.de/der-prozess/#muster-kodex

An illustration showing a person from behind, wearing a large backpack and pushing a stroller up a wide staircase. The scene is rendered in a sketchy, textured style with a color palette of blues, greys, and light greens. The person is positioned in the center of the frame, moving up the stairs towards the top of the image.

WIE GENDERGERECHT SIND UNSERE STÄDTE?

Dr. Mary Dellenbaugh-Losse

Unsere Städte und Dörfer bieten einer Vielzahl von Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten ein Zuhause. Dennoch wurden und werden unsere Städte und Dörfer in den meisten Fällen von einer kleinen, demografisch homogenen Planungsgruppe gestaltet, die statistisch gesehen weißer, wohlhabender und männlicher ist als der Bevölkerungsdurchschnitt. Darüber hinaus übernimmt diese Gruppe weniger oft Care-Arbeit, geht seltener mit einem Kinderwagen oder Rollator durch die Straßen, arbeitet häufiger in Vollzeit und pendelt überwiegend zu Stoßzeiten allein im Auto.

GENDERBLINDE RÄUME UND STRUKTUREN

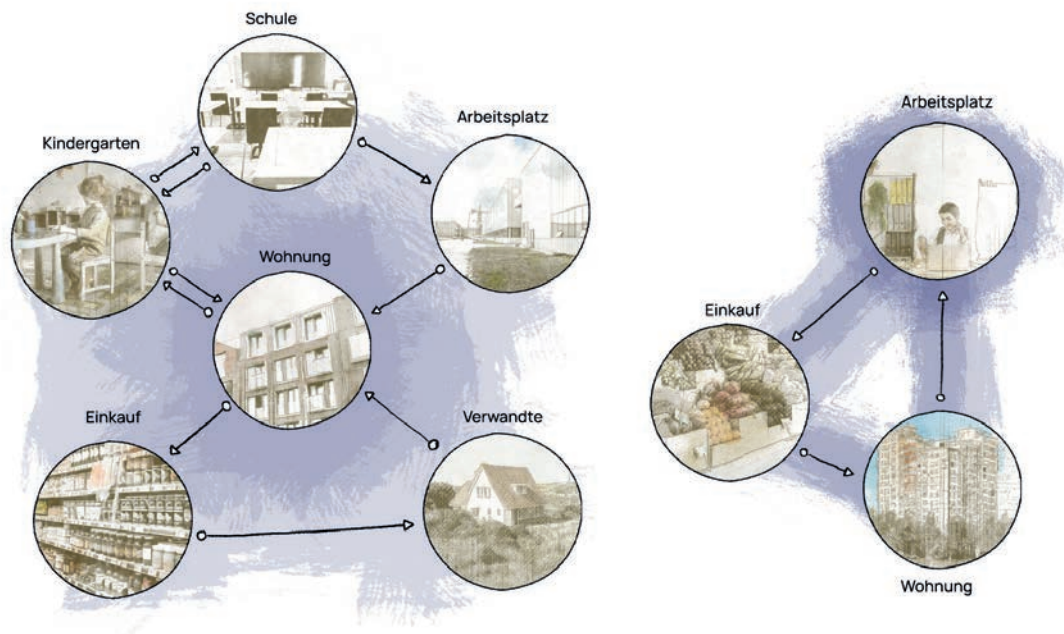
Die historisch gewachsenen Strukturen unserer Städte und Dörfer und die neuen Räume, die wir planen, spiegeln die Homogenität der kleinen Gruppe von Menschen, die diese planen, und ihre Lebensrealität wider. Und doch sollten unsere Städte auch die Bedürfnisse aller Gruppen erfüllen, die in ihnen leben. Diese Spannung führt zu räumlicher Geschlechterungleichheit und zu sogenannten genderblinden Räumen und Strukturen.

Hier setzt die gendergerechte Stadtentwicklung an: Sie ist ein Werkzeug, das die Lebensrealitäten bisher außen vorgelassener Gruppen berücksichtigt und konkrete Verbesserungen vorschlägt, um öffentliche Flächen und Ressourcen gerechter zu verteilen und die Zugänge zu den Entscheidungs- und Beteiligungsmechanismen diversitätssensibler zu gestalten.

STADTPLANUNG: FEMINISTISCH, GESCHLECHTERGERECHT, GENDERSENSIBEL?

Ansätze, die die vielfältigen Lebensrealitäten von Frauen in städtischen Räumen einbeziehen, werden unter verschiedenen Begriffen zusammengefasst: feministische, geschlechter- oder gendergerechte sowie geschlechter- oder gender-sensible Stadtentwicklung werden oft synonym verwendet. Trotz unterschiedlicher Bezeichnungen basieren diese Konzepte auf einer Handvoll gemeinsamer Kernargumente.

Historisch gesehen wurden Städte hauptsächlich von Männern und für Männer geplant, was zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass Frauen in technischen Bereichen



wie Planung und Architektur lange Zeit nicht vertreten waren. Viele urbane Räume werden weiterhin genderblind gestaltet, da Gender entweder nicht als relevante soziale Kategorie mit spezifischen Bedürfnissen anerkannt wird oder die Perspektive gesunder, weißer, vollzeitbeschäftigter Männer stillschweigend als neutral angenommen wird. Beteiligungsformate, die die Bedürfnisse von Personen mit Care-Arbeit-Verpflichtungen, besonderen Mobilitätsbedürfnissen oder mangelnden technischen Kenntnissen nicht berücksichtigen, verschärfen das Problem zusätzlich. All dies führt dazu, dass Frauen und Mädchen in urbanen Strukturen oft ignoriert oder diskriminiert werden.

Frauen und Mädchen erleben Städte anders als Männer und Jungen, und zwar aus einer Reihe von Gründen, die sowohl auf soziale als auch auf biologische Unterschiede zurückzuführen sind. Im Kern sind die Unterschiede in der Wahrnehmung von Städten durch Frauen und Mädchen mit den vielen Gründen verbunden, aus denen sie auch andere Bereiche des Lebens und der Gesellschaft unterschiedlich erleben.

CARE-ARBEIT, BERUFSTÄTIGKEIT, MOBILITÄT

Dazu gehören der größere Anteil von Frauen



» *Gendergerechte Stadtentwicklung ist ein Werkzeug, das die Lebensrealitäten bisher außen vor gelassener Gruppen berücksichtigt und konkrete Verbesserungen vorschlägt, um öffentliche Flächen und Ressourcen gerechter zu verteilen und die Zugänge zu den Entscheidungs- und Beteiligungsmechanismen diversitätssensibler zu gestalten.«*

Dr. Mary Dellenbaugh-Losse

an der Care-Arbeit und die Auswirkungen, die dies auf ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt hat, sowie die geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentenunterschiede, die sich aus dieser Kombination von Faktoren ergeben. Infolgedessen sind Frauen beispielsweise viel häufiger als Männer in Begleitung von Minderjährigen oder Senior*innen unterwegs und haben Einkäufe oder andere Dinge dabei. Sie sind häufiger außerhalb der Hauptverkehrszeiten unterwegs, und sie haben im Durchschnitt weniger Geld zur Verfügung, um sich die bequemste Form des Transports leisten zu können. Gleichzeitig geben Frauen auch viel häufiger als Männer an, dass sie sich im öffentlichen Raum und in öffentlichen Verkehrsmitteln unsicher fühlen, was dazu führt, dass sie längere Wege durch die Stadt zurücklegen, um bestimmte Orte und Straßen zu meiden. Frauen in Deutschland leben auch länger als Männer und benötigen aus verschiedenen Gründen häufiger Zugang zu Toiletten. All diese Unterschiede haben Auswirkungen auf die bebaute Umwelt.

Nehmen wir ein paar Beispiele aus unserer Arbeit bei Urban Policy: Wir wissen, dass Beteiligungsmaßnahmen, selbst wenn sie sich an Jugendliche richten, nicht gut geeignet sind, um die Stimmen von Mädchen einzufangen. Wir wissen auch, dass Stadtplaner*innen, wenn sie



an Räume für junge Menschen denken, am häufigsten Bolzplätze und Skateparks planen. Im Grunde ist an Fußball und Skateboarden nichts auszusetzen, aber wenn wir nur diese Sportarten berücksichtigen, übersehen wir die Bedürfnisse vieler junger Leute im öffentlichen Raum. Das zeigen Studien, die beispielsweise in Schweden, Österreich und den Niederlanden durchgeführt wurden und die herausgefunden haben, dass Mädchen ab dem frühen Teenageralter aus unseren öffentlichen Räumen verschwinden.

WEGE MITEINANDER VERBINDEN

Oder nehmen wir das Beispiel einer Mutter von zwei kleinen Kindern, die in Teilzeit arbeitet. In Deutschland übernimmt sie im Durchschnitt 108 % mehr Kinderbetreuung als ihr Ehemann¹, wenn sie in einer heterosexuellen Partnerschaft lebt. Um alles auf ihrer Liste zu erledigen, verknüpft sie ihre Aufgaben zu einzelnen Wegen mit vielen Zwischenstopps, ein Mobilitätsstil, der als Wegeverkettung bezeichnet wird. Auf diese Weise kann sie die Kinder auf dem Weg zur Arbeit zur Schule und zur Kita bringen, auf dem Heimweg die Bücher aus der Bibliothek zurückbringen, die notwendigen Zutaten für das Abendessen besorgen und dann die Kinder wieder abholen. Wenn sie mit einem Kinderwagen oder einem Kleinkind unterwegs ist, machen die vielen Bordsteinkanten, Stufen und Treppen auf ihrem Weg, die kurzen Grünphasen an Fußgängerüberwegen und der fehlende Platz in Bus und Bahn ihre Reisen stressiger und weniger komfortabel.

Die gendergerechte Stadtentwicklung setzt sich mit den Bedürfnissen und Erfahrungen historisch unterrepräsentierter und ausgegrenzter Gruppen in Städten auseinander und trägt dazu bei, Ungerechtigkeiten abzubauen. Denn die Räume in der Stadt sind ein öffentliches Gut, und die öffentlichen Gelder, die für ihre Gestaltung verwendet werden, sollten so eingesetzt werden, dass sie keine Diskriminierung fördern, auch keine unbeabsichtigte. Nur so können wir wirklich gemeinwohlorientierte Städte im Sinne der Leipzig-Charta schaffen. ■



Buchbestellung unter [LINK.SPRINGER.COM/BOOK](https://link.springer.com/book)



PUBLIKATION:
„GENDERGERECHTE STADTENTWICKLUNG – WIE WIR EINE STADT FÜR ALLE BAUEN“

„Gendergerechte Stadtentwicklung – Wie wir eine Stadt für alle bauen“ bietet einen umfassenden Einblick in gendergerechte Stadtentwicklung und zeigt, wie die Einbeziehung der Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen* und Mädchen* die Qualität öffentlicher Räume und Angebote nachweislich verbessert – und zwar für alle. Das praxisorientierte Buch richtet sich an Fachleute und Verwaltungsmitarbeitende aus den Bereichen Stadtplanung, Architektur, Politik und Gleichstellung sowie an alle, die sich für die Gestaltung gerechter städtischer Räume interessieren.

¹ German Federal Statistical Office. (2020). Childcare and gender equality in times of the coronavirus pandemic. <https://www.destatis.de/EN/eu2020/digital-conference/childcare-gender-equality/podcast-allmendinger.html#421094>. Zugegriffen: 28. Okt. 2024.

BEWÄHRT VOR ORT



WIE CHANGEMAKER

DIE KOMMUNALVERWALTUNG VON INNEN HERAUS TRANSFORMIEREN

Romy Marquart | Lokalprojekte

Kommunalverwaltungen in Deutschland sind ein wichtiger Akteur in der gesamtgesellschaftlichen Transformation. Die aktuellen Herausforderungen reichen von der digitalen Transformation über die Bewältigung der Klimawandelfolgen bis hin zu demokratiegefährdenden politischen Entwicklungen. Viele dieser Herausforderungen bedürfen neuer und fachübergreifender Kompetenzen und Ansätze, gerade auf kommunaler Ebene. Zugleich sorgt der demografische Wandel dafür, dass in den kommenden zehn Jahren etwa 30 Prozent der in Deutschland Erwerbstätigen aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheiden werden. Der Staat als Arbeitgeber wird damit immer stärker um geeignete Fachkräfte mit dem privaten Sektor ringen müssen. Lokalprojekte begegnet dieser Situation mit zwei Ansätzen: Die Verwaltung aktiv mit Fachkräften bei konkreten Lösungen zu unterstützen und die Mitarbeitenden der Verwaltung nachhaltig zu befähigen, die Transformationsprozesse wirksam zu gestalten.

MACHEN STATT MECKERN: DIE VERWALTUNG ALS GESTALTERIN DER ZUKUNFT

Lokalprojekte geht neue Wege: Statt auf klassische Beratung und Konzeptarbeit setzt das gemeinnützige Unternehmen

auf das Prinzip des Public Entrepreneurship – dem Ansatz, Veränderung aus den Strukturen der Verwaltung heraus zu fördern. Mit dem Motto „Machen statt Meckern“ setzt Lokalprojekte auf konkrete Umsetzungsprojekte, und zwar mithilfe einer sogenannten Macher:in. *„Wir glauben, dass Veränderungen dann nachhaltig sind, wenn die Mitarbeitenden in den Verwaltungen diese selbst aktiv mitgestalten und dabei personelle sowie inhaltliche Unterstützung erhalten“*, betont Lokalprojekte Geschäftsführerin Dr. Christine Prokop-Scheer.

Mit insgesamt sechs erfolgreich abgeschlossenen und vier laufenden Projekten zeigt das drei Jahre alte Unternehmen, dass der Ansatz wirksam ist. So wurde in Eschwege dank des Pilotprojekts in 2021 inzwischen die E-Akte erfolgreich in der Stadtverwaltung ausgerollt, die damalige Macherin wirkt seither sogar als fest angestellte Digitalisierungsbeauftragte im Rathaus. Im von der Robert Bosch Stiftung geförderten Programm „Integrationsmacher:innen“ wurde im vergangenen Jahr in fünf Kommunen die Integrationsarbeit vor Ort durch den Einsatz digitaler Tools und neuer Methoden signifikant verbessert. Die im Zuge dessen im Burgenlandkreis entwickelte Community-Plattform, welche von allen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren in der Integrationsarbeit zur Zusammenarbeit genutzt wird, ist explizit



für die Nachnutzung konzipiert. Lokalprojekte unterstützt andere Verwaltungen bei der Implementierung durch eine Macher:in vor Ort oder auch im Rahmen des neu entwickelten ChangeMaker-Programms.

CHANGEMAKER IM SYSTEM

„Der Schlüssel zum Erfolg sind die Menschen“, erklärt Romy Marquart, Programm-Managerin bei Lokalprojekte. Deshalb setzt Lokalprojekte auf das Prinzip des Changemakers – engagierte Verwaltungsmitarbeitende, die neue Ideen vorantreiben und ihre Organisation verändern wollen. „Wir arbeiten gezielt mit Menschen zusammen, die bereit sind, alte Strukturen aufzubrechen und innovative Lösungen zu entwickeln. Gleichzeitig bringen wir Macher:innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die Verwaltung, um frische Perspektiven und konkrete Handlungsimpulse zu geben“, erläutert sie. Die Fähigkeit, notwendige Veränderungen für eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge von innen heraus und über Sektorgrenzen hinweg wirksam zu gestalten, ist der Kern der Mission – das Herzstück der Arbeit von Lokalprojekte. Für die quereinsteigenden Macher:innen ist dieser Weg, ihre beruflichen Kompetenzen in den öffentlichen Sektor einzubringen, eine sinnstiftende Erfahrung.

MEHR ALS DIGITALISIERUNG

Die digitale Transformation steht häufig im Zentrum vieler Initiativen der Verwaltungsmodernisierung, doch für Lokalprojekte ist es nur ein Teil des Ganzen. Der eigentliche Hebel für den nachhaltigen Wandel liegt in der Arbeitskultur der Verwaltungen: „Wir arbeiten mit einem wirkungsorientierten Ansatz und kreativen Methoden, die uns selbst



» Wir arbeiten gezielt mit Menschen zusammen, die bereit sind, alte Strukturen aufzubrechen und innovative Lösungen zu entwickeln. Gleichzeitig bringen wir Macher:innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die Verwaltung, um frische Perspektiven und konkrete Handlungsimpulse zu geben.«

Christine Prokop
Programm-Managerin
Lokalprojekte



Romy Marquart
Lokalprojekte

und die Changemaker befähigen, offen für Neues zu bleiben und die Verwaltung wirksam zu gestalten und fortlaufend weiterzuentwickeln“, so Prokop-Scheer. Im Mittelpunkt stehen der Innovationswille der Verwaltungsmitarbeitenden und ihre Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen – Aspekte, die von ihnen weitaus häufiger begrüßt werden, als es gängige Klischees vermuten lassen.

Diese Vision verfolgt Lokalprojekte mit einem klaren Ziel: Die Transformation des Staates vom Verwalter hin zum Gestalter aktiv zu unterstützen. Mit dem Ansatz, Changemaker zu stärken, setzt Lokalprojekte an der Basis an und bietet handfeste Lösungen, wie kommunale Aufgaben in Zukunft effizienter, kreativer und nachhaltiger gelöst werden können.

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Lokalprojekte steht am Anfang einer großen Bewegung. Dank der Unterstützung von Förderern wie der Robert Bosch Stiftung und hoffentlich weiterer Unterstützer auch beispielsweise lokaler Unternehmen will das junge Unternehmen noch mehr Kommunen bei der Umsetzung ihrer Projekte begleiten. Ziel ist es, langfristig in jeder Region Changemaker-Netzwerke zu etablieren und gleichzeitig die Verwaltung als moderne Arbeitsgeberin zu positionieren.

Denn hinter allem steht die große Vision, die öffentliche Verwaltung dabei zu unterstützen, die Zukunft aktiv zu gestalten und den vielfältigen Aufgaben mit Leidenschaft, Kreativität und Menschlichkeit zu begegnen. Dafür braucht es mutige Macher:innen, die nicht meckern, sondern machen. ■

MELDUNG



Kommunale Innovationen: Siegel „Bewährt vor Ort“ geht in die zweite Runde

- Der Deutsche Städte- und Gemeindebund und Re:Form, die Allianz für den Staat von morgen, verleihen zum zweiten Mal das Siegel „Bewährt vor Ort“ für kommunale Innovationen.
- Ausgezeichnet werden Projekte in vier Themenfeldern, bewertet von einer überparteilichen Fachjury.
- Den Vorsitz der Jury übernimmt Elisabeth Kaiser, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen.
- Das Siegel wird Anfang 2025 vergeben, Bewerbungen sind bis zum 31. Januar 2025 möglich.

Die finanzielle Lage vieler Kommunen ist angespannt, Verwaltungen stehen vor immer komplexeren Herausforderungen. Gefragt sind innovative, praxiserprobte Lösun-

gen – sei es durch die Anpassung der Verwaltungspraxis, das Verändern bestehender Regeln oder die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen. In vielen Städten und Gemeinden Deutschlands existieren bereits funktionierende Modelle – und was sich an einem Ort bewährt hat, könnte auch woanders Wirkung entfalten.

Mit dem Siegel „Bewährt vor Ort“ möchten der Deutsche Städte- und Gemeindebund und Re:Form, die Allianz für den Staat von morgen, die Innovationskraft von Kommunen sichtbar machen und gute Lösungen aus der Praxis deutscher Verwaltungen in die Breite bringen. Anfang 2025 wird das Siegel zum zweiten Mal vergeben, die Bewerbung ist bis zum 31. Januar 2025 möglich.

Ausgezeichnet werden Projekte in vier Themenbereichen:

1. **Gutes Ankommen und gesellschaftliche Teilhabe:** Innovative Ansätze für die Integration von geflüchteten und zugewanderten Menschen

2. **Klima- und Ressourcenschutz sowie Klimafolgenanpassung:** Kommunale Lösungen, die wirksame Reaktionen auf den Klimawandel liefern und Bürger:innen einbeziehen
3. **Nachhaltiges Bauen:** Projekte zur Stärkung ressourcenschonender Bauweisen, nachhaltiger Technologien oder beschleunigter Genehmigungsverfahren
4. **Verwaltung von morgen:** Digitale Tools, effiziente Prozesse und innovative Formen der Bürgerbeteiligung für eine zukunftsfähige Verwaltung

Eingereichte Bewerbungen werden von einer unabhängigen Fachjury bewertet, den Vorsitz der gesamten Jury hat Elisabeth Kaiser, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen. Sie sagt: „Nach dem erfolgreichen Start von ‚Bewährt vor Ort‘ freue ich mich sehr, wieder den Juryvorsitz zu übernehmen. Die erste Runde hat eindrucksvoll gezeigt, welches Innovationspotenzial in unseren Kommunen steckt. Jetzt bin ich umso gespannter auf die Bewerbungen der zweiten Runde! Ich freue mich auf neue Projekte, die nicht nur vor Ort Probleme lösen, sondern auch ganz Deutschland inspirieren können.“

Co-Initiator des Siegels, Alexander Handschuh vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, erklärt: „Die Kommunen sind das Herzstück unserer Demokratie und der Motor für Innovation. Mit ‚Bewährt vor Ort‘ wollen wir nicht nur erfolgreiche Lösungen auszeichnen, sondern auch einen Impuls für eine neue Kultur des Austauschs und der Zusammenarbeit setzen.“

Robert Peter von ProjectTogether, die gemeinnützige Organisation hinter Re:Form, erklärt: „Wir möchten bewährte Ansätze sichtbar machen und ihre Verbreitung in ganz Deutschland fördern, damit jede Kommune von exzellenten Ideen profitieren kann. Mit Re:Form bringen wir Verwaltungspionier:innen zusammen, die mit kreativen Lösungen unsere öffentliche Verwaltung voranbringen.“

Ich lade alle Kommunen ein, ihre innovativen Projekte jetzt bei ‚Bewährt vor Ort‘ einzureichen und Teil dieser Bewegung zu werden!“

HINTERGRUND

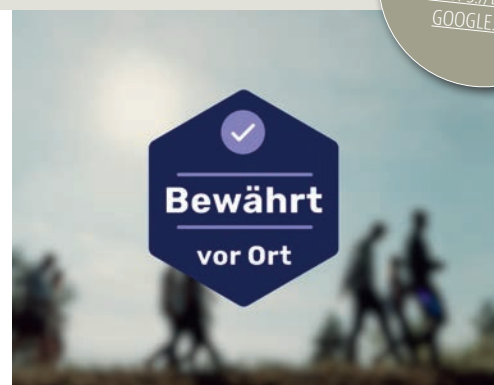
Das „Bewährt vor Ort“-Siegel wurde erstmals im Januar 2024 verliehen. Eine Jury zeichnet die besten Lösungen in drei Bereichen aus: Regeländerungen, Änderungen der Verwaltungspraxis und Projekte, die in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen umgesetzt wurden. Die ausgezeichneten Lösungen müssen die Kriterien Skalierbarkeit, Eignung für den öffentlichen Sektor, Innovationskraft und Nachhaltigkeit erfüllen.

Die Jury besteht aus Vertreter:innen verschiedener Verwaltungsebenen und arbeitet transparent sowie unparteiisch. Die Jurymitglieder bringen ihre Expertise aus der kommunalen und fachlichen Praxis in die Auswahl der besten Lösungen ein.

Weitere Informationen zur Bewerbung, zu den ausgezeichneten Lösungen von 2024, der Jury sowie den Kriterien sind auf der Website:

WWW.REFORM-STAAT.ORG/BEWAERT-VOR-ORT

Pressematerial unter [HTTPS://DRIVE.GOOGLE.COM](https://drive.google.com)



Eine Initiative von:



Re:Form
projecttogether



DIE WÄRMEWENDE IST LOKALE MASSARBEIT

Oliver Schubert | Westenergie AG und wärmelokal

Deutschland steht vor riesigen Veränderungen, aber ein Grundsatz bleibt: Große Herausforderungen löst niemand allein, große Herausforderungen brauchen gemeinsame Lösungen. Und das gilt auch für die Wärmewende. Sie ist in ihrem Kern eine Infrastrukturwende. Als Energiedienstleister und Infrastrukturbetreiber ist Westenergie für 1400 deutsche Kommunen vielfach erster Ansprechpartner für dieses wichtige Thema.

Die Kommunen signalisieren einen hohen Grad an Unterstützungsbedarf, gerade was die Wärmeplanung angeht. Denn: Klimaneutralität im Jahr 2045 bedeutet, dass in nur 21 Jahren auch der Gebäudesektor klimaneutral werden muss. Das kann nur gelingen im Miteinander von Kommunen, Infrastrukturpartnern und Energieversorgungsunternehmen.

SPARTENÜBERGREIFENDE PLANUNG

Eine gemeinsame Studie von Westenergie, ihrer Tochtergesellschaft digikoo und BMU Energy Consulting, einem Spin-Off der Universität Wuppertal, zum Einfluss der Wärmewende auf die Netze hat gezeigt, dass eine spartenübergreifen-



» *Klimaneutralität im Jahr 2045 bedeutet, dass in nur 21 Jahren auch der Gebäudesektor klimaneutral werden muss. Das kann nur gelingen im Miteinander von Kommunen, Infrastrukturpartnern und Energieversorgungsunternehmen.*«

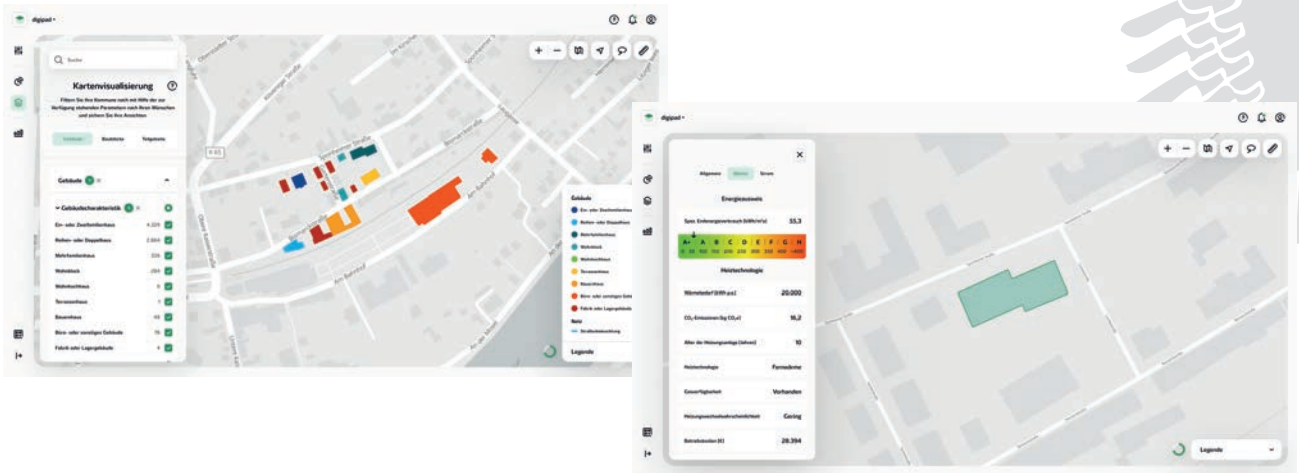
Oliver Schubert
Leiter der Kommunalen Lösungsfabrik der Westenergie AG
und Mitglied der Geschäftsführung von wärmelokal

de Planung für Strom-, Gas-, und Wärmenetze essenziell ist. Für Verteilnetzbetreiber wird folgerichtig der Betrieb des Gesamtsystems komplexer. Daher ist ein stetiger Austausch zu kommunalen Vorhaben auf dem Weg zur Klimaneutralität unerlässlich, um den Netzkapazitätsausbau auf die prognostizierten Netzbedarfe abzustimmen.

Verteilnetzbetreibern kommt darum in der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) eine wichtige Rolle zu. Die Wärmeplanungsgesetze der Bundesländer verpflichten sie, Daten zu liefern. Das sind insbesondere Verbrauchsdaten für Gas und Heizstrom sowie Netzpläne und freie Kapazitäten. Westnetz liefert diese Daten zentral aus dem Regulierungs- und Asset Management. Um schnell und zuverlässig liefern zu können, wurden eigene interne Prozesse aufgesetzt.

AUSWIRKUNGEN AUF STROM- UND GASNETZE

Die entscheidende Veränderung ist die durchgängige Elektrifizierung vieler Verbrauchseinheiten und damit eine wachsende Bedeutung des Stromnetzes: Elektromobilität elektrifi-



ziert den Verkehrssektor sowohl für Pkw als auch für Lkw; die Wärmepumpe elektrifiziert den Wärmemarkt – egal, ob die kleine im Einfamilienhaus oder die Großanlage für Wohnanlagen und im Wärmenetz; dazu kommen neue Großverbraucher wie Batteriespeicher und Rechenzentren, deren Leistung meist im zwei- bis dreistelligen Megawatt-Bereich liegen.

Gleichzeitig stellt sich die Erzeugung um. Erneuerbare Energien nehmen einen wachsenden Teil der Energieerzeugung ein. Nach dem Kernenergie-Ausstieg steht der Kohleausstieg bevor. Das alles hat großen Einfluss auf die Strom- und Gasnetze. Langfristig wird der Gasabsatz in Deutschland sinken. Die Wärmepumpe wird nicht nur die Ölheizung, sondern auch die Gas-Heizung ersetzen. Absehbar ist, dass die Wärmepumpe im Vergleich zu einer Verbrennungstherme wirtschaftlicher ist.

Es wird im Jahr 2045 zwar grüne Gase geben, aber nicht in dem Umfang wie es heute Erdgas gibt. Sie haben ihre Bedeutung vor allem im industriellen Bereich. Daraus abgeleitet stellt sich die Frage, was künftig aus den bestehenden Gasnetzen wird. Hier ist die Kommunale Wärmeplanung ein Startpunkt: um mit den Kommunen konzentriert die Diskussion zur Ausgestaltung der zukünftigen Energieinfrastruktur anzugehen. Ergänzt durch eine wichtige Frage, die auf Bundesebene diskutiert werden muss: Wie kann zum Beispiel ein Gas-Transformationsplan aussehen? Aktuell erneuern noch viele Kund*innen die Gasheizung. Auch diese Heizungen werden in den kommenden Jahren sicher mit Gas versorgt werden müssen. Westenergie wird die Partnerkommunen auch durch diese Entwicklung begleiten. ■

Lösungsansätze

In der KWP, die per Bundesgesetz Pflichtaufgabe ist und in Landesgesetzen ausgestaltet wird, geht es oberflächlich betrachtet um Technik: Wie kann ich Energie einsparen und wie heize ich künftig möglichst klimaneutral? Beim zweiten Hinsehen zeigt sich aber, dass die KWP vor allem eine kommunikative Herausforderung ist. Die Kommunen bekommen implizit die Aufgabe, die Konsequenzen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) aufzuzeigen. Landläufig fällt da schon einmal der Begriff vom „Griff in den Heizungskeller“. Ein heißes Eisen.

Welche Ansätze bietet da Westenergie? Zum Beispiel „wärmelokal“, gegründet im März 2024, ein Joint Venture zwischen der DSK und Westenergie. Das Angebot setzt dort an, wo in der KWP der entscheidende Punkt liegt: in der Kommunikation mit den Bürger*innen und Stakeholder*innen. Da die Bürger*innen in die KWP eingebunden werden müssen, gilt es, diesen Austauschprozess mit einer guten Kommunikationsstrategie zu begleiten.

Dabei unterstützt „wärmelokal“ mit dem energiewirtschaftli-

chen Know-how der Westenergie und der Expertise der DSK in Stadtplanung und Stadt- und Quartiersentwicklung. Dabei ist der Anspruch, im Anschluss an die Planung später auch in der Umsetzung zu unterstützen. Sei es in der Rolle des Verteilnetzbetreibers oder bei Errichtung und Betrieb von Fernwärmenetzen. Kommunen sollten schon bei der Ausschreibung nicht nur die technischen Anforderungen betrachten, sondern auch die Weichen für die Kommunikation mit den Stakeholder*innen stellen.

Eine weitere Lösung: die digikoo GmbH. Auf einer umfangreichen Datenbasis fährt digikoo eine schnelle und verlässliche Bestandsanalyse, die grundsätzlich, aber vor allem für das verkürzte und vereinfachte KWP-Verfahren entscheidend ist. So kann der Aufwand der KWP in kleineren Gemeinden wie beabsichtigt reduziert werden. Das digikoo-Tool zur automatisierten Ermittlung von Wärmepotenzialen ist derzeit deutschlandweit einmalig und vereinfacht die Planung erheblich. Die Expertise in Sachen Zielszenarien ermöglicht es, Modellierungen und Szenarien so zu gestalten, dass sie schnell und zielgerichtet erstellt werden können. Dabei können Kommunen die bestehende Datenbasis jederzeit mit ihren Realdaten ergänzen (siehe digikoo-Screenshots oben).



ARBEITSKREIS GARNISONEN DISKUTIERT MIT VERTEIDIGUNGSPOLITIKERN

Timm Fuchs und Finn-Christopher Brüning | DStGB

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Arbeitskreises Garnisonen des DStGB haben sich am 25. September 2024 mit Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages getroffen. Mit dabei war auch die Wehrbeauftragte Dr. Eva Högl. Die Kommunalvertreter nutzten den Austausch, um über Probleme bei der Infrastruktur an den Standorten zu berichten. Dazu gehören der vielerorts unzureichende Zustand der Kasernen sowie die fehlende bzw. unzuverlässige Anbindung an die Deutschen Bahn. Es wurde gefordert, dass Bund und Länder schnell Maßnahmen umsetzen müssten und die Sanierung der Unterkünfte voranzutreiben.

ZEITENWENDE IN DER TRUPPE NOCH NICHT ANGEKOMMEN

Daneben kritisierte die kommunale Delegation gegenüber den Bundestagsabgeordneten die unzureichenden Ausbildungsbedingungen an den Truppenübungsplätzen. Es würde an Munition, Übungsgerät und Soldaten fehlen. Die von der Bundesregierung angekündigte „Zeitenwende“ sei noch nicht in allen Teilen der Streitkräfte angekommen. Zudem betonten die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Notwendigkeit, die zivil-militärische Gesamtverteidigung zu verbessern. Thema war insbesondere der Operationsplan Deutschland

(OPLAN). Wichtig sei, dass die Kommunen bei den angedachten Maßnahmen und Bedarfen durch Übungsszenarien eng eingebunden würden.

FAIRE KOSTENBETEILIGUNG BEI DER INFRASTRUKTUR

Von großer Bedeutung sei für die Gemeinden und Städten mit Garnisonen auch, dass eine fairere Kostenbeteiligung bei der Infrastruktur durch den Bund und die Länder erfolge. So wurde die Idee diskutiert, dass bei den Schlüsselzuweisungen der Länder auch die stationierten Soldatinnen und Soldaten Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang thematisierten die Mitglieder des AK Garnisonen die sich derzeit dramatisch verschlechternde kommunale Finanzsituation in den deutschen Städten und Gemeinden. Diese sei ein Hemmschuh zur Behebung des Sanierungsstaus bei der kommunalen Infrastruktur.

VERTEIDIGUNGSPOLITIKER: KEINE POLITISCHEN MEHRHEITEN FÜR GESELLSCHAFTSDIENST

In der Diskussion äußerten die Abgeordneten Verständnis für



die Kritik an der schlechten Infrastruktur. Gleichzeitig beton- ten sie aber auch, dass der Bund bereits viele Investitionen in Gang gesetzt habe. Es gab viel Zustimmung dafür, die Mittel für die Bundeswehr im Bundeshalt auf höherem Niveau zu verstetigen. Viele Themen des DStGB-Positionspapiers „Bun- deswehr und Zeitenwende“ fanden die Zustimmung bei den Verteidigungspolitikern wie etwa die Kommunikation zwi- schen Bundeswehr, Kommunen und Gesellschaft zu fördern. Eine Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, einen neuen Gesellschaftsdienst zu etablieren, der auch die Möglich- keit zur Wehrpflicht vorsieht, wurde jedoch gegenwärtig für politisch nicht mehrheitsfähig erachtet. Diese Debatte müsse da- her der nächste Bundestag in der kommenden Wahlperiode vorantreiben.

HINTERGRUND

Im Arbeitskreis Garnisonen des DStGB vernetzen sich die Kommunen mit Bundeswehrstandorten aus allen Bundeslän- dern. Aktuell gehören dem Arbeitskreis rund 30 Bürgermeiste- rinnen und Bürgermeister aus Deutschland an. Regelmäßige Themen sind unter anderem die Entwicklung der Standorte, die bessere Sichtbarkeit der Soldaten sowie Fragen der kom-

munalen Daseinsvorsorge im Zusammenhang mit der Bun- deswehr. Der DStGB unterstützt die enge Verbindung zwi- schen den Städten, Gemeinden und der Bundeswehr in viel- fältiger Weise. So wirkt der Verband seit vielen Jahren aktiv bei der Vorbereitung und der Verleihung des Preises Bundes- wehr & Gesellschaft mit. Dieser wird an für die Bundeswehr besonders engagierte Kommunen, Vereine und Einzelperso- nen als Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit verliehen. Ebenso engagiert sich der DStGB im Netzwerk der Hilfe der Bundeswehr. ■

Position 20.08.2023 www.dstgb.de
Bundeswehr und Zeitenwende: Herausforderungen für die Standortkommunen
Download unter WWW.DSTGB.DE/PUBLIKATIONEN/POSITIONSPAPIERE



Flüchtlingscamp Ghazze

Ein Modell für Internationale Solidarität

Partnerschaftsarbeit zwischen Heimenkirch und Kommunen im Libanon

Markus Reichart | Bürgermeister von Heimenkirch

Die Partnerschaft zwischen der Gemeinde Heimenkirch und Kommunen im Libanon ist ein gewachsenes Beispiel für kommunales Engagement und internationale Solidarität.

Ausgelöst durch die Flüchtlingskrise im Jahr 2015, als viele Geflüchtete nach Deutschland kamen, fand sich auch Heimenkirch mit den Herausforderungen von Flucht und Migration konfrontiert. Die Gemeinde entschloss sich, eine dezentrale Unterbringung zu organisieren und aktiv am Aufruf des damaligen Entwicklungsministers Gerd Müller zur Initiative „Kommunales Knowhow für Nahost“ teilzunehmen.

Der Gemeinderat beschloss, eine Projektpartnerschaft mit einer Kommune im Nahen Osten einzugehen, um Fluchtursachen nachhaltig zu bekämpfen. Nach intensivem Austausch und ersten Erkundungen fiel die Wahl auf die Gemeinde Ghazze im Libanon. Dort wurden verschiedene Projekte ins Leben gerufen, um sowohl die lokale Gemeinschaft als auch die geflüchteten Menschen zu unterstützen.

GEMEINSAME PROJEKTE UND INITIATIVEN

Ein zentrales Projekt war die Sanierung des Bürgerparks in



Übergabe Krankenwagen Ghazzé

Ghazze, der als sozialer und kultureller Treffpunkt dient. Dieser Park ist nicht nur ein Rückzugsort für die lokale Bevölkerung, sondern bietet auch den über 30.000 Geflüchteten, die in der Region leben, einen wertvollen Freizeitraum. Durch die Wiederherstellung des Parks konnte ein wichtiger Beitrag zur sozialen Integration geleistet werden, indem er als neutraler Ort der Begegnung fungiert. Zudem wurde ein Jugendprojekt initiiert, das es jungen Menschen aus Heimenkirch und Bawarej ermöglicht, miteinander in Kontakt zu treten, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Kleinprojekte durchzuführen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Unterstützung der Geflüchteten in Heimenkirch. 2016 wurde eine Personalstelle geschaffen, die die Integration von Geflüchteten fördert und ehren-

» Die Erfolge der Partnerschaft sind dabei vielschichtig. Neben der Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort ist es auch der Austausch von Wissen und Erfahrungen, der die Beteiligten bereichert.«

Markus Reichart
Bürgermeister von
Heimenkirch und
ehrenamtlicher Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland
für interkommunale
Entwicklungszusammenarbeit

amtliches Engagement koordiniert. Dies führte zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Themen wie Flucht und Entwicklung, was sich in einer hohen Spendenbereitschaft und einem aktiven Ehrenamt niederschlug.

Die Partnerschaft wird durch kontinuierlichen Austausch und gegenseitige Besuche gestärkt. Die Gemeinde organisiert regelmäßige Treffen des sogenannten „Libanonteam“, das aus Mitgliedern der Verwaltung, Gemeinderäten und Ehrenamtlichen besteht. Hier werden die Fortschritte der Projekte besprochen und neue Ideen entwickelt. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in beide Gemeinden ist dabei entscheidend. Es wird darauf geachtet, dass die Bedürfnisse und Perspektiven der Menschen vor Ort in die Planungen einfließen.

RESILIENZ UND GASTFREUNDSCHAFT

Eine besonders prägnante Erfahrung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen war der Umgang mit Krisen. Die libanesischen Partner beeindruckten die Heimenkircher durch ihre Resilienz und Gastfreundschaft, trotz der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation im Libanon. Der Austausch auf Augenhöhe förderte ein vertieftes Verständnis und eine wertschätzende Haltung gegenüber der Kultur des Partnerlandes. Durch die persönlichen Begegnungen entstanden Freundschaften, die die Kommunikation und den interkulturellen Dialog erleichtern.

NACHHALTIGKEIT UND GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Die Themen Nachhaltigkeit und Partizipation spielen in dieser Partnerschaft eine zentrale Rolle. Die Projekte werden unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) geplant und umgesetzt. So wurde beispielsweise eine Vereinbarung getroffen, die die Gemeinde Ghazze zur Pflege und Instandhaltung des Bürgerparks verpflichtet. Dies sorgt nicht nur für eine langfristige Nutzung, sondern auch für eine Stärkung der lokalen Verantwortung und Gemeinschaft.

Die Erfolge der Partnerschaft sind dabei vielschichtig. Neben der Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort ist es auch der Austausch von Wissen und Erfahrungen, der die Beteiligten bereichert. Ein interkulturelles Training, das von einem ehrenamtlichen Mitglied geleitet wurde, half den Beteiligten, die Herausforderungen der interkulturellen Kommunikation besser zu verstehen. Die positiven Effekte dieser Initiative sind nicht nur lokal spürbar, sondern wirken sich auch auf die Wahrnehmung von Flucht und Migration in Heimenkirch aus.

EINE PARTNERSCHAFT MIT ZUKUNFT

Die fortlaufende Unterstützung der Projekte, die auch in Zeiten von Krisen und Pandemie aufrechterhalten werden konnte, zeigt die Entschlossenheit der Gemeinde Heimenkirch, ihre Partnerschaft mit den libanesischen Kommunen weiter zu intensivieren. Die Initiative ist ein Beispiel für gelebte Solidarität und betont die Bedeutung von globalem Denken auf kommunaler Ebene. Die Erfahrungen, die in dieser Partnerschaft gemacht wurden, sind nicht nur für die direkte Zusammenarbeit wertvoll, sondern tragen auch zur Förderung eines offenen und toleranten Miteinanders in Heimenkirch bei. Die Gemeinde setzt durch ihr Engagement in der internationalen Zusammenarbeit ein starkes Zeichen für Humanität und Weltoffenheit, das auch in Zukunft Früchte tragen wird. ■

HEIMENKIRCH ALS UNTERSTÜTZER

Heimenkirch unterstützt mittlerweile auch ein Waisenhaus direkt an der Grenze zu Syrien, in welchem rund 800 Kinder aus Palästina, Syrien und dem Libanon leben. Dank der Unterstützung Heimenkirchs wurde in diesem Jahr dort eine Freiflächen PV Anlage samt Batterie Speicher installiert, um die Einrichtung im Bereich der Stromversorgung autonom zu machen. In dieser abgelegenen Region haben die Menschen rund 1 Stunde staatlichen Strom am Tag. Die Finanzierung gelang über private Spendengelder und die Kooperation mit zwei libanesischen Unternehmern.

SONDERPREIS FÜR HEIMENKIRCH

Heimenkirch gewann kürzlich beim Wettbewerb "Kommune bewegt Welt" den Sonderpreis "Partnerschaftlich engagiert".

Mehr Infos unter [SKEW.ENGAGEMENT-GLOBAL.DE](https://www.skew.engagement-global.de)



ANGEBOTE UND PROJEKTE DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

...zum Thema kommunale Entwicklungszusammenarbeit auf der Homepage unter

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

und

Gemeinschaftsinitiative "1000 Schulen für unsere Welt" der kommunalen Spitzenverbände



Was genau ist Taxonomie? Was folgt für die Kommunen aus dem Green Deal? Und was verbirgt sich hinter „Fit For 55“?

An dieser Stelle in der „Stadt und Gemeinde digital“ finden sich künftig Erklärungen für Begriffe, die im Kontext der europäischen Politik und zugleich für die kommunale Ebene in Deutschland eine besondere Relevanz haben.

GLOSSAR: EUROPA

AUS KOMMUNALER PERSPEKTIVE

Europäisches Semester

Das „Europäische Semester“ ist ein Berichtsverfahren der EU, welches der Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik in der Europäischen Union dient. Das Semester wird in zwei Teile aufgespalten. Im Herbst jeden Jahres, daher Herbstpaket genannt, veröffentlicht die Europäische Kommission ihre generellen Ziele im Hinblick auf die erwähnten Politikbereiche. Das Paket wird nach Fertigstellung vom Ministerrat genehmigt. Das zweite Paket des Europäischen Semesters, Frühjahrspaket genannt, beinhaltet die Länderberichte über den Stand der Dinge und spricht Empfehlungen aus. Der Unterschied zwischen dem Frühjahrs- und dem Herbstpaket ist daher derjenige zwischen der allgemeinen Festlegung politischer Prioritäten und einem genaueren Eingehen auf die Lage der einzelnen Mitgliedstaaten. Mit den Frühjahrspaket erhält man demnach eine Übersicht über die aktuelle volkswirtschaftliche Situation des jeweiligen Nationalstaates. Auch das Frühjahrspaket wird vom Ministerrat genehmigt.

Zweck der Berichte des Europäischen Semesters ist eine Koordinierung der europäischen und nationalen Politik in den o.g. genannten Politikbereichen.

Für die Kommunen sind insbesondere die länderspezifischen Empfehlungen aus dem Frühjahrspaket relevant. So wurden in den Empfehlungen des Europäischen Semesters 2024 bezüglich Deutschland die negativen Nettoinvestitionen auf Kommunalebene kritisiert und im Hinblick auf den deutschen Aufbau- und Resilienzplan wurden Forderungen nach mehr Mitteln für die Verwaltung und einer systematischeren Einbeziehung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften gestellt. Des Weiteren wurde eine Modernisierung und stärkere interne Digitalisierung der Verwaltung verlangt sowie eine mangelnde Einheitlichkeit und Vollständigkeit bei der Einführung digitaler Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger kritisiert. ■



Brüsseler GERÜCHTE

von Dr. Klaus Nutzenberger

Es hilft manchmal aktuelle politische Probleme durch einen Rückgriff in die Geschichte zu verdeutlichen. Das ist die eigentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Man wird zwar nie das Eine mit dem Anderen direkt vergleichen können, denn „wir können ja niemals zweimal in denselben Fluß steigen (Heraklit)“, aber zur Verdeutlichung taugt ein Vergleich manchmal doch schon. Heute soll die Frage im Mittelpunkt stehen, ob wir in Europa an einer „Zeitwende“ stehen, die über das hinausgeht, was wir ansonsten als einen notwendigen Reformprozess ansehen, der sich alle zehn Jahre angeblich oder tatsächlich ankündigt. Zum Begriff „Zeitenwende“ passt historisch der Begriff „Neuzeit“. Mit ihm ist ein schon lange andauernder bis heute ungeklärter Streit zwischen Historikern und anderen Geschichtsinteressierten verbunden. Er dreht sich um die Frage, wann das Mittelalter in Europa endet und wann die Neuzeit beginnt, welchen Grund dies hatte und wer der Verlierer der Entwicklung war? Was den ersten Teil der Frage betrifft, so herrscht noch weitgehende Einigkeit. Es waren die Jahre um 1500. Doch bei der Begründung und der Feststellung des Siegers/Verlierers fliegen dem interessierten Mitdiskutanten die Argumente um die Ohren.

Die Einen – sagen wir diejenigen, die die Religion in den Mittelpunkt ihrer Weltanschauung setzen –, antworten auf die zweite und dritte Frage mit dem Jahre 1517, dem Thesenanschlag Martin Luthers an die Schlosskirche in Wittenberg. Der Protestantismus – so ihre Überzeugung – eroberte danach mit seiner Betonung und Förderung der Eigeninitiative die Hälfte der westlichen Welt und gilt als geistiger Urheber

dessen vor allem wirtschaftlichen Aufstiegs. Halten wir also fest: 1517 ff. Der Verlierer ist die katholische Welt. Andere – sagen wir diejenigen, die eher naturwissenschaftlich orientiert sind – preisen die Jahre der Renaissance, die Leonardo da Vinci den Fallschirm erfinden und Nikolaus Kopernikus die damals steile These von der Umrundung der Sonne durch die Erde vertreten ließ. Es war – so ihre Überzeugung – erst der Höhenflug der Naturwissenschaften mit ihrer Forderung nach exakten Messungen und theoretischen Axiomen ohne einen ständigen und grundlegenden Bezug zu Gott, der den Menschen in die Neuzeit gestoßen und fortschrittlich gemacht hat. Folgt man dieser These, dann müssen wir zeitlich etwas zurück. So in die Jugendjahre Leonardo da Vincis vor 1500. Auch hier präferiert man „à la longue“ eher den protestantischen Teil Europas als Gewinner. Wiederum Dritte meinen, dass das Kennzeichen der Neuzeit die sich seit ca. 1527 durch die Plünderung Roms (Sacco di Roma) endgültig durchsetzende Tendenz zum Nationalstaat sei. Er habe nun dauerhaft die bisherige zweite Macht – die Kirche – beiseite gedrängt und sich selbst zum Maßstab aller irdischen Dinge gemacht. Auch hier verweist man auf vordergründig einleuchtende Argumente, denn in der Tat gewannen die Nationalstaaten um diese Zeit an Kraft. Die letzten Päpste, die noch richtige europäische Machtgeschichte schrieben, waren Julius II. (gest. 1513) und Leo X. (gest. 1521). Auch sind die Hanse oder die Republik Venedig zu nennen. Alle diese nicht nationalen politischen Gebilde waren um 1500 tendenziell in der Defensive. Hält man diese Argumente für stichhaltig zur Beantwortung der o.g. Frage, dann müssen wir etwas weiter im 16. Jahrhundert vorrücken. 1540ff. wäre hier angebracht.



Dieser Punkt geht an die Katholiken Europas und zwar an Portugal und Frankreich. Frankreich und England folgten erst später. Sie etablierten die ersten Nationalstaaten Europas. Doch es gibt noch ein viertes Erklärungsgeflecht, das in die Diskussion geworfen wird und welches – der Leser wartet schon bestimmt – den direktesten Bezug auf unsere Zeit und zur Lage der Europäischen Union hat. Der Autor gibt gerne zu, diese These für sehr gewichtig zu halten. Sie lautet: Durch die Entdeckungen der Neuen Welt, die durch die Suche nach dem Seeweg nach Indien ausgelöst wurden, haben sich die Warenströme und damit die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa dermaßen geändert, dass das alte System, eben das Mittelalter, zusammenbrechen musste. Die beiden Stichjahre sind hier 1492 (Kolumbus) und 1497 (Vasco de Gama). Durch die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Indien wurden die bisherigen führenden Wirtschaftsmächte in Europa – Italien, Frankreich und Süd-Deutschland –, aus ihrer Zentralposition im europäischen Handel in eine Nebenposition gedrückt aus der sie nur noch bedingt herauskamen. Die Gewürze, Edelsteine und Textilien Indiens wurden von nun an hauptsächlich in Sevilla und Lissabon gehandelt und nicht mehr in Pisa, Venedig oder Florenz, von wo sie nach Norden und Westen exportiert wurden. Hinzu kam das Gold Südamerikas, also Spaniens, an dem kein Italiener, Franzose oder sogar Deutscher zunächst einmal mitverdiente. Das wirtschaftliche Schwergewicht

verlagerte sich also nach 1500 in den Westen Europas, wobei wiederum Zug um Zug die alten Seemächte Spanien und Portugal ihre hegemoniale Stellung an die neuen mit Namen England und die Vereinigten Niederlande abgeben mussten. Das große Geld wurde fortan dort verdient. Somit geht der Vorteil hier zu gleichen Teilen an den protestantischen Nordwesten und den katholischen Südwesten. Als einziges Land der „alten“ Liga (Handel mit dem Nahen Osten) konnte übrigens nur noch Frankreich seine Stellung behaupten. Der Rest Europas lebte z. T. noch ganz gut, aber die alte Pracht einer Stadt wie Florenz oder Augsburg war vorbei.

Und nun kommen wir endlich zu dem heutigen Europa, zu den EU-Organen und zum wirtschaftlichen und politischen „Standing“ des Kontinents. Er befindet sich nach Auffassung des Autors in einer ähnlichen Lage wie das Italien, das Deutschland und das Frankreich der ausgehenden Renaissance. Man muss sich vergegenwärtigen, dass eine neue Zeit, im wahrsten Sinne eine „Neuzeit“ angebrochen, die sicher nicht eins zu eins mit der Neuzeit um 1500 zu vergleichen ist, die aber deutliche Parallelen aufweist. So ist zuvorderst auf die Schuldenlage der EU-Staaten zu verweisen, die – sogar der französische Rechnungshof hat kürzlich für sein Land darauf hingewiesen – langsam aber sicher eine bedrohliche staatspolitische Dimension annimmt. Es ist an dieser Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen worden und braucht



daher nicht mehr ausführlich wiederholt zu werden, aber es knirscht schon erheblich in den romanischen Ländern bei den Staatsfinanzen und nicht nur dort. Ähnliche Situation um 1500. Zwar verdienten sich insbesondere die italienischen Staaten an dem Osthandel mit der Türkei, Persien und Indien eine goldene Nase, dennoch gaben sie generell zu viel aus und verstrickten sich z.B. in militärische Händel (Banco der Medici-Krise von 1490). Die Renaissance Staaten hatten ähnlich wie die Fugger viele Verpflichtungen und schlossen Bündnisse/Kredite mit Staaten ab, die Kriege verloren (Herzogtum Burgund). Das kostete Geld. Zweiter Punkt: Das Militär. Es ist mittlerweile in aller Munde, dass das zweite Standbein der NATO, also Europa, militärisch nicht ganz so auf der Höhe ist wie eigentlich vereinbart (Zwei-Prozent-Ziel). Das endet unweigerlich in einer militärischen Marginalisierung der europäischen Staaten, denn die USA tun dies nicht. Wer sich aber nicht wehren kann, muss sich eben fügen. Genau wie um 1500. Papst Leo X. konnte 1527 seine Stadt nicht (mehr) gegen die kaiserlichen Truppen verteidigen und musste sie der Plünderung preisgeben. Florenz, Genua und Venedig versuchten zwischen 1494 und 1559 (italienische Kriege) schon fast verzweifelt sich die Großmächte Spanien, Frankreich, die Türkei und das Deutsche Reich vom Hals zu halten. Man war eben militärisch zu schwach geworden. Dritter Punkt: Die soziale Frage. Koppeln wir sie mit der Bildungsfrage und der Frage nach dem Verhältnis zum Staat. Wir haben in Europa eine wachsende Anzahl von Menschen

im unteren Bereich der Gesellschaft. Sie sind oft schlecht ausgebildet und sprechen teilweise die jeweils heimische Sprache nicht. Ihre Bezahlung pendelt um den jeweiligen Sozialsatz des Nationalstaates. So richtig weiß keiner, wie man sie in stabile, ordentliche Verhältnisse eingliedern kann. Hinzu kommt eine steigende Unzufriedenheit mit den politischen Eliten. Man sieht es an den Wahlen, die sowohl linke wie rechte Parteien in Europa erstarken lassen. Elitenverachtung und soziale Proteste gab es auch in der Renaissance. Der Bußprediger Savonarola um 1498 und übrigens auch die Bauerrevolutionäre im deutschen Südwesten knapp dreißig Jahre später geißelten die „alteingessenen Herren“ und ihren unverschämten Reichtum, ihre Anmaßung und ihre Fehlentscheidungen mit fast denselben Worten wie heutige Politiker namens Wilders, le Pen oder Orban die EU-Verantwortlichen. Kommen wir zum letzten Punkt – der Wirtschaft. Die EU steht vor einer wirtschaftlichen Herausforderung. Ihre Produkte sind zum Teil angestaubt, ihre Digitalisierungsbemühungen suboptimal und ihre Arbeitskräfte zu teuer. Manche Länder haben auch noch Infrastrukturprobleme. Hinzu kommen die Umweltprobleme der Welt, die außer in Europa im Grunde kaum eine Macht richtig interessieren. Dadurch werden die Ausgaben der EU tendenziell belastet, die der anderen politischen Entitäten jedoch kaum.

Hier eine Parallele zu 1500 zu ziehen, verbietet sich jedoch, denn die damaligen „alten“ Mächte waren sehr wohl in der




Lage marktgerechte Produkte zur Verfügung zu stellen. Auch die Infrastruktur war für die damalige Zeit vorbildlich und die Umweltproblematik war nicht präsent oder interessierte keinen. Daher hatte sie keine volkswirtschaftlichen Folgen. Dieser Vergleich trägt also nicht. Aber einer trägt. Die Produkte der damaligen Staaten waren zu teuer, weil sie die notwendigen Rohstoffe und Waren nicht mehr in der Menge zu einem konkurrenzfähigen Preis bekamen. Das lief billiger und quantitativ mehr über die heutige Linie Indonesien/Indien, Südafrika nach Lissabon, Sevilla, Antwerpen, Bristol/London und Amsterdam.

Welche Konsequenzen ziehen wir nun aus dem Vergleich? Zum einen den, dass große politische Umwälzungen alte etablierte Systeme unter Druck setzen. Diesen Umwälzungen kann man meist nicht aus dem Weg gehen. Wer dachte 1497 schon an Vasco de Gama oder andere? Auch ist es schwer, politische Verfallserscheinungen zu verhindern. Der Mensch tendiert eben zum Luxus und zur Prasserei, wenn es ihm zu gut geht und er unterlässt dann Reformen im militärischen, kirchlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Wenn er das aber einmal weiß und die aufbrausende Kritik akzeptiert, dann kann er sich durchaus den neuen Problemen stellen. Und hier liegt die Crux. Luther zwang die Kirchen und auch die katholische wieder zurück auf den richtigen Weg. Kein Geringerer als Ignatius von Loyola ist der Beweis dafür. Auch der Siegeszug der Naturwissenschaften brach-

te bei allen wissenschaftlichen Erfolgen für die nordwestlichen Staaten Europas (Hume, Locke, Grotius) nicht einen kompletten Sieg. Den Franzosen Descartes und den Italiener Galilei kann man durchaus an die Seite dieser Gelehrten stellen. Ferner scheint auch der Sieg des Nationalstaates im 16. Jahrhundert nicht das letzte Wort Geschichte zu sein. Er dominiert keineswegs mehr. Supranationale Gebilde wie die EU sind durchaus attraktiv für den Bürger. Es ist also der Wille zur Reform und nicht die resignative Lust an der Unterwerfung, weil sowieso nichts zu ändern ist, die uns das Beispiel von 1500ff. nahelegt. Sicher – Neuzeit ist Neuzeit und kein aufgepepptes Mittelalter. Es gab und gibt kein zurück. Aber die Instrumente liegen und lagen immer bereit, um in einem positiven Sinn gegenzusteuern. Sie lauten für die heutige Zeit: Besseres Internet, Förderung der Wissenschaft, schlagkräftiges Militär, solidere Staatfinanzen, flexiblere (Kommunal-)Verwaltung sowie Bekämpfung der Zergliederung der Gesellschaften durch Bildung und zwar alles auf Ebene des alten Kontinents, nicht separiert nach Nationen, Regionen oder sogar kulturellen oder sozialen Bedingungen. Wer kann dies? Nur die EU in Zusammenarbeit mit den nachgeordneten Ebenen. Sonst keiner. Folgen wir diesem Weg nicht, dann kommt eine neue Diskussion ins Spiel. Es ist jene, wann das Mittelalter begann, welchen Grund dies hatte und wer der Verlierer oder Gewinner dabei war? Hier sind sich die Historiker insbesondere bei der dritten Antwort einig. Rom war der Verlierer und der Gewinner waren die Barbaren. ■

**3.200 Ehrenamtliche
Profis im Einsatz**

A large group of diverse people, including men, women, and children of various ages and ethnicities, are arranged in a large circle on a white surface. The background is a deep blue gradient. The people are looking towards the center of the circle.

**Damit Opfer
nicht hilflos
bleiben.**
Helfen auch Sie!

Jetzt spenden:
www.weisser-ring.de